

kirche zur Verhinderung von Sturmläuten. Um 9 Uhr wurde auf die Meldung des Baues einer Barrikade an der Ohlauer Straße und einer großen Ansammlung von Menschen auf dem Reherberge ein Zug der 7. Kompagnie des 22. Infanterieregiments und ein Jägerzug vorgeschickt. Die Barrikade war zwar unbesezt, doch erfolgte aus den Häusern der Ohlauer und Weidenstraße ein heftiges Feuer auf die Truppen. Diese zogen sich die Weidenstraße über die Taschenbrücke und äußere Promenade in die frühere Aufstellung zurück, da die Barrikade durch vom Ringe vorgehende Truppen in der Front angegriffen worden war. Bei dem heftigen Feuern an der Ohlauer Brücke wurden noch zwei Züge Militär zur Unterstützung des Angriffs nachgeschickt; in der Nähe der alten Taschenstraße empfing die Abteilung ein starkes Feuern aus den Gähäusern. Mehrere hier zusammenstoßende Abteilungen Infanterie griffen in das Gefecht ein, so daß sich ein Zug der 7. Kompagnie über die grüne Baumbrücke gegen den Reherberg wandte und einige hier errichtete Barrikaden wegräumen konnte, was um so leichter gelang, da eine Abteilung der 5. Kompagnie von der Albrecht- und Poststraße her diesen Angriff unterstützte. Diese letzten Kämpfe fanden zwischen 9 bis 12 Uhr nachts auf der Ohlauer Straße und den benachbarten Gassen und zwar auf dem Teile zwischen der Ohle und dem Stadtgraben statt. Einzelne Schüsse aus den Häusern auf die Patrouillen fielen gegen 1 Uhr.

Bei diesen Straßenkämpfen fielen vom Militär 7 Personen, verwundet wurden: 1 Offizier, 3 Unteroffiziere und 14 Gemeine. Von den Zivilisten fielen 12 Personen, während 47 verwundet wurden. Für die sofort eingeleitete Voruntersuchung wurden 120 Personen verhaftet, von denen 88 in Anklagezustand versetzt wurden.

Die Zeit der Reaktion.

Die Maiaufstände in Dresden, Elberfeld, Breslau usw., die Kämpfe in der Pfalz und in Baden waren die letzten Zudungen der Revolution. Es galt die deutsche Reichsverfassung, wie sie vom Frankfurter Parlament beschlossen worden war. Mögen die einen wirklich für die Verfassung begeistert gewesen sein, die anderen sie nur als Uebergang zu einer deutschen Republik benutzt haben: der Zweck war derselbe, nämlich eine neue Revolution, durch welche die März-Revolution ergänzt und zu Ende geführt werden sollte. Mit der Unterdrückung dieser Revolution beginnt die Reaktion, für Deutschland durch die Sprengung des nach Stuttgart übergesiedelten Parlaments, für Preußen durch die Oktroierung des Dreiklassenwahlgesetzes und durch die gründliche Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848, für Breslau speziell nach Verkündigung des Belagerungszustandes, der am 7. Mai 1849 verhängt wurde.

Am 19. Mai 1849 wurde die „Neue Rheinische Zeitung“ unterdrückt, nachdem die letzte rotgedruckte Nummer erschienen war. Die preußische Polizei hatte, außer 23 noch schwebenden Preßprozessen, so viel andere Angriffsvorwände gegen jeden einzelnen Redakteur, daß sie alle Köln und Preußen sofort verließen. Die meisten Redakteure gingen nach Frankfurt a. M., wo die Entscheidung sich vorzubereiten schien. Wilhelm Wolff hatte ein altes Breslauer Mandat als Vertreter des Geschichtsforschers Stenzel in der Tasche; man hatte ihn auch nur dadurch durchgebracht, daß man den Wühler Wolff als Stellvertreter mitnahm. Stenzel war natürlich, wie alle guten Preußen, dem Befehl der preußischen Regierung auf Abberufung von Frankfurt gefolgt. Wolff trat nun an seine Stelle. Das Frankfurter Parlament, durch eigene Trägheit und Dummheit von der Stellung der mächtigsten Versammlung, die je in Deutschland zusammentrat, hinabgesunken zur äußersten, allen Regierungen, sogar der von ihm selbst eingesetzten Reichsregierung und ihm, dem Parlament selbst, jetzt offenkundigen Ohnmacht, stand ratlos da zwischen den ihre Streitkräfte sammelnden Regierungen und dem für die Reichsverfassung sich erhebenden Volke. Noch war alles zu gewinnen, wenn das Parlament und die Führer der süddeutschen Bewegung nur Mut und Entschlossenheit hatten. Ein Parlamentsbeschluß, der die badische und Pfälzer Armee zum Schutz der Versammlung nach Frankfurt rief, hätte genügt. Die Versammlung hätte sich dadurch mit einem Schlage wieder das Vertrauen des Volkes erobert. Die Aussichten waren so günstig, wie sie nur sein konnten. Der Rat zum Herbeirufen des badisch-pfälzischen Schutzes wurde von allen Kommunisten in Frankfurt, der zum Marsch auf Frankfurt — auch ohne Ruf — in Mannheim von Marx und Engels gegeben. Aber weder die badischen Führer noch die Frankfurter Parlamentarier hatten Mut, Energie, Verstand oder Initiative. Statt zu handeln, beschloß das Parlament, als ob es nicht schon viel zu viel geredet, noch einmal zu reden, und zwar in einer „Proklamation an das deutsche Volk“. Eine Kommission wurde niedergesetzt und diese brachte 2 Entwürfe ein, wovon der der Mehrheit von Umland redigiert war. Beide waren matt-, saft- und kraftlos und drückten nur die eigene Rat- und Mutlosigkeit und das böse Gewissen der Versammlung selbst aus. Am 26. Mai zur Debatte gestellt, gaben sie unserem Wolff den Anlaß, den Herren Parlamentlern ein- für allemal seine Meinung zu sagen; er wurde in der faulen Stidluft dieses Parlaments der gefürchtetste Redner. So verlangte er entschieden, daß der Reichsverweiser sowie seine Minister für vogelfrei erklärt würden, da sie Verräter an der Volkssache seien. Die bürgerlichen Helden vermochten sich natürlich zu dieser Konsequenz nicht aufzuschwingen, und unter dem Beifall der tobenden Mehrheit entzog ihm der Präsident das Wort. Nach der Sprengung des Par-

laments durch die württembergischen Truppen irrte Wolff eine Zeit lang in der Schweiz und Belgien umher, wobei er die größten Entbehrungen litt. 1851 ging er nach England, wo er wieder mit seinen alten Freunden von der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Marx und Engels, zusammentraf. Er sowie diese waren in politischer Hinsicht völlig brachgelegt, denn die Konterrevolution wütete allenthalben. Die öffentliche Agitationsarbeit war völlig ausgeschaltet, und so bildeten ernste wissenschaftliche Studien, als deren Resultat 1859 Marx' „Kritik der politischen Oekonomie“ erschien, die Beschäftigung unserer Alten. Wolff war es unter den größten Schwierigkeiten gelungen, sich eine bescheidene Existenz als Hauslehrer zu gründen. In stetem Freundschaftsverkehr mit Marx und Engels, von seinen Zeitgenossen geachtet und von der Bevölkerung ob seines liebenswürdigen Wesens geliebt, starb er am 9. Mai 1864 zu Manchester.

Der Belagerungszustand in Breslau wurde nach 3½ monatiger Dauer, am 22. August 1849, aufgehoben. Viel war damit für die Freiheit der Bürgerschaft nicht erreicht. Denn inzwischen waren die Preßverordnung vom 29. Juni 1849 und die Vereinsverordnung vom 30. Juni 1850 erlassen worden, und sie reichten dazu völlig hin, daß der Polizeipräsident v. Kehler alle der Reaktion mißliebigen Äußerungen des öffentlichen Lebens unterdrücken konnte. Außerdem blieb ihm als Erbe des Belagerungszustandes noch die Fremden-Legitimation. Am 30. August erließ er einen Ukas des Inhalts, daß alle auf den Bahnhöfen oder anderswo eintreffenden Fremden sich bei ihrer Ankunft sofort bei den mit der Kontrolle beauftragten Beamten auszuweisen haben. Es muß auf die in Schlesiens Hauptstadt Zureisenden einen erhebenden Eindruck gemacht haben, wenn sie die Bahnhöfe von Polizeibeamten streng bewacht fanden. Jeder Fremde, dessen Nasenspitze den Herren nicht gefiel, wurde aus Besorgnis, er könnte politische Aufregung in die Kreise der Bürgerschaft tragen, sofort wieder ausgewiesen. So erging es unter anderen dem früheren Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung, Beneden, weil er in der städtischen Ressource durch eine Ansprache die Breslauer Demokraten zur Teilnahme an den Wahlen zum Erfurter Parlament — also einem von der preußischen Regierung selbst geförderten Unternehmen — zu bewegen versucht hatte. Auch General Klapka, einer der ungarischen Freiheitskämpfer, lernte die Gastfreundlichkeit der Breslauer Polizei kennen; weil ihn hier eine demokratische Deputation begrüßt hatte, mußte er schon am nächsten Tage zum Städtelein hinaus.

Die ersten Angriffe der Reaktion trafen die christlich-holische Gemeinde, der der Mitgebrauch der Bernhardikirche entzogen wurde. Grund hierzu war die ehrenvolle Erwähnung Robert Blums bei Gelegenheit eines Sonntagsgottesdienstes. Der Vor-

stand der Gemeinde, dem auch Nees von Esenbeck angehörte, erließ einen Protest. Trotzdem blieben weitere Schädigungen der Gemeinde nicht aus. Das politische Parteilieben erhielt nach dem Aussterben der Klubs eine eigentümliche Konzentration in den beiden großen Ressourcen. Im Mai 1849 hatte sich nämlich auch eine konstitutionelle Ressource gebildet, da die städtische Ressource fast ausschließlich ein Mittelpunkt für die Demokratie geworden war. Hart betroffen wurde die demokratische Presse, die „Neue



Nees von Esenbeck.

Oderzeitung“, sie wurde konfisziert wegen eines „Die Solidarität der Völker“ überschriebenen Leitartikels, auch wurden ihr die amtlichen Bekanntmachungen und Annoncen entzogen. Man nahm ihr ferner den Postdebit, obgleich das Blatt 5000 Taler Kaution gestellt hatte.

Nun begann der Prozeß gegen 88 Personen, die an den Mairaufständen beteiligt waren. Die Anklage lautete bei allen auf Teilnahme am Aufruhr bezw. Verleitung zum Aufruhr. Dem Schuhmacher Schindler und dem Tagelöhner Zimmer

machte man zum Vorwurf, beim Herumtragen der roten Fahne nach dem Schluß der Volksversammlung am 6. Mai beteiligt gewesen zu sein. Von den Angeklagten wurden 37 freigesprochen; einer der Freigesprochenen, der Gymnasiallehrer Dr. Eisner, verlor aber sein Amt. Es wurde auf Freiheitsstrafen von sechs Wochen bis 5 Jahre 9 Monaten erkannt, teils Festung, teils Zuchthaus, teils Strafabteilung. Schindler wurde freigesprochen, Zimmer dagegen zu 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Die christkatholische Gemeinde hatte alljährlich ein Erinnerungsfest an den Tod Robert Blums, als Mitbegründers des Christkatholizismus, gefeiert; damit war auch eine „Blum-Stiftung für arme Kinder“ verbunden. Am 7. November 1851 wurde diese Feier durch folgendes Reskript des Polizeipräsidenten verboten: „Auf die Anzeige vom 6. d. Mts. wird dem Komitee eröffnet, daß, nachdem in den vergangenen Jahren die revolutionäre Tendenz des Robert Blum-Festes sich deutlich herausgestellt hat, keine fernere Gesellschaft zu dieser Feier geduldet, sondern eine jede solche polizeilich aufgelöst werden wird. Demgemäß kann auch die auf den 10. d. Mts. angemeldete Feier nicht stattfinden.“ Während die Jesuiten ungestört in Schlesien und Breslau predigten, erfolgte am 17. Februar 1852 die Schließung der deutsch- oder christkatholischen Gemeinde, nachdem sie 7 Jahre bestanden hatte. Acht Tage vorher hatte die Polizeibehörde bei den Vorstehern der Gemeinde, Nees v. Esenbeck, Dr. Benjch, Prediger Hoffrichter u. a. m., Haussuchungen abgehalten und dabei Druckfachen aus vergangenen Jahren und Papiere, welche auf den kirchlichen Verband Bezug hatten, mitgenommen. Am 4. März wurde die Schule der Gemeinde auf Befehl des Magistrats geschlossen. Der von der Gemeinde umzäunte und eingerichtete Begräbnisplatz wurde vom Magistrat zum Kommunalfriedhof erklärt, nachdem der Totengräber die Schlüssel der Polizeibehörde ausgeliefert hatte. Da die Gemeinde bezweckt haben sollte, „politische Gegenstände in ihren Sitzungen zu erledigen“, hatte sie gegen den § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 verstoßen. Nees von Esenbeck und Behnsch wurden zu je 30 Talern, Hüllebrand und Müller zu je 14, Leitgeb und Albrecht zu je 10 Talern Strafe verurteilt, die übrigen Vorstandsmitglieder wurden freigesprochen; die definitive Schließung der Gemeinde aber wurde nicht ausgesprochen.

Alle die bitteren aber zutreffenden Wahrheiten, die sich in unseren Tagen der Liberalismus fortgesetzt sagen lassen muß, hat bereits im Jahre 1850 ein schlesischer Schriftsteller und Politiker der deutschen Revolution in der schärfsten Form ausgesprochen. In der kurz nach den Märztagen von Friedrich Behrend in Breslau herausgegebenen periodischen Flugchrift „Fliegende Blätter“, und zwar in Nr. 6, findet sich ein Artikel, dem sein Verfasser den bezeichnenden Titel: „Der schlesische Bourgeoisliberalis-

mus und das arme Volk“ gegeben hat. Ueber den mit F. C. zeichnenden Verfasser lassen sich nur Vermutungen anstellen. Er bezeichnet sich selbst als Sozialisten. Nicht ganz ausgeschlossen ist es, daß sich unter dem Korrespondenzzeichen der mutige Freigeist Nees von Eßenbeck verbirgt, der als „Vater Nees“ zu den Leitern der Breslauer Arbeiterbewegung und zu den Gründern der freireligiösen Bewegung gehörte. Als Mitglied der preußischen Nationalversammlung stand er auf dem äußersten Flügel der Radikalen, zusammen mit dem Buchdrucker Brüll. Vielleicht auch ist in dem Verfasser Dr. Eisner zu suchen, jener gemäßigtere Breslauer Gymnasiallehrer, der damals ausgesprochen sozialistischen Ideen huldigte, später aber im Fahrwasser des Freisinns endete.

Der Artikel ist seinem Inhalte nach ein historisch-politisches Dokument, das erhalten zu bleiben verdient. Ihm sind als Motto die Verse Max Waldaus vorangesezt:

„Wohl ist ein kranker, kranker Leu
Die Masse noch, die blinde,
Doch er erstarrt, und ihr wie Spreu
Zerfließt in alle Winde.“

Der Inhalt des interessanten Artikels ist in der Hauptsache folgender:

„Es ist nicht das erste und nicht das letzte Mal, daß dem Liberalismus seine innere Hohlheit und Falschheit, seine gedehnte Gespreiztheit und Bornehmtuerei, seine wahrhaft göttliche Unverschämtheit im Ignorieren oder Wegleugnen von Tatsachen, die ihn vor aller Welt ins Gesicht schlagen, sein ekelhaftes Maulheldentum, sein widerliches Kokettieren und Buhlen um Volksgunst und vor allem seine schamlose Selbstsucht vorgeworfen wird. Aber der Liberalismus, dieses politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse, die an der Stelle des Herzens den Geldsack trägt und keine anderen Interessen kennt, als die des Kapitals — der Liberalismus kann einen Puff vertragen; denn er hat ein dickes Fell, und so oft man auch den Esel schlägt, er meint immer, es gelte dem Sack.“

Der schlesische Liberalismus, so meint der Verfasser, sei nicht besser und nicht schlechter als der Bourgeoisliberalismus überhaupt, ganz gleich, ob er deutsch oder englisch oder französisch sei, und er müßte an ihm ebensogut wie an jedem anderen verzweifeln, wenn er (der Verfasser) sich diese Dummheit nicht schon längst abgewöhnt hätte. Und spöttisch fügt er hinzu: er verzweifelte nicht am schlesischen Liberalismus, einen so großen Gefallen er ihm damit auch täte, denn er habe ihn durch und durch kennen gelernt, und seit dieser Zeit hoffe und verlange er nichts mehr vom Liberalismus. Und wenn bereits alle zu solcher Einsicht gelangt wären, dann ließe er „die liberalen Frösche quaken und ihre Blasebälge treten“ Aber „da das arme Volk diese Leute in ihrer

wahren Gestalt noch nicht kennt, da es ihre Larve für ihr Gesicht und ihre schönklingenden Worte für bare Münze hält: so unternehmen wir es um feinetwillen, diese Leute zu demaskieren. Die Karnevalszeit ist längst vorüber, da brauchen wir keine Larven mehr, und können die liberalen Herren der Maskeraden und Narreteien nun einmal nicht entbehren, so mögen sie sich untereinander zum Narren halten; das Volk dünkt uns zu gut und unsere Zeit zu ernst zu solch frivolem Spiele“.

Und nun folgt eine sachliche Auseinandersetzung der Sozialisten von 1848 mit dem Liberalismus, indem der Verfasser schreibt:

„Wie überall, sind auch in Schlessien die Interessen des behäbigen Bourgeois, des Kapitalisten, von den Interessen des Arbeiters nicht bloß verschieden, sondern einander geradezu entgegengesetzt. Arbeiter und Kapitalisten stehen sich feindslich gegenüber.“ Zur völlig klaren Erkenntnis von der Notwendigkeit der Klassegegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft freilich vermag sich dieser Breslauer Sozialist noch nicht durchzuringen, denn er meint, sowohl der Arbeiter wie der Kapitalisten „erster und wahrhafter Vorteil“ erheische es, „daß sie gegenseitige Freunde sind“, denn sie hätten „durchaus dieselben Interessen, durchaus dasselbe Ziel“, allerdings nur, wie er einschränkend hinzufügt, in einer „natürlichen Ordnung der Gesellschaft“, und daß diese Freundschaft nicht vorhanden sei, das ist ihm „ein weiteres Kennzeichen von der traurigen Verkehrtheit und der kolossalen Unordnung unserer jetzigen gesellschaftlichen Zustände“.

Dann aber fährt F. E. fort: „Unter der Herrschaft des Bürgertums fallen . . . die Arbeitenden stets den Besitzenden, vor allem den Kapitalisten, in die Hände. Der Arbeiter kann seine Arbeit nicht verwerten nach dem Maße des Wertes, welchen sie für den Genießenden hat. Die Arbeit wird schlecht bezahlt! Den größten Gewinn hat der Kapitalist davon. — Gut und mehr als gut werden nur die Arbeiten derjenigen bezahlt, welche den Glanz und die Herrschaft des Staates (des Bürgerstaates nämlich, der den Menschen nicht nach seiner Arbeit, sondern nach seiner Folgsamkeit — Loyalität schätzt) erhöhen, die Arbeit hoher Staatsdiener. Der Staat bezahlt gut, damit seine „guten Bürger“, die Besitzenden, ohne Gefahr schlecht bezahlen können; er sichert sich seine Diener, aus welchen er für die „guten Bürger“ eine Schutzmacht, eine Polizei (zur Polizei rechnet F. E. in einer Fußnote Soldaten, Beamte aller Art, z. B. die der Justiz, der Erziehung usw., kurz die ganze „Staatsmaschinerie“) bildet, durch gute Bezahlung, und die „guten Bürger“ entrichten gern hohe Abgaben an ihn, um desto niedrigere ihren Arbeitern zu leisten. Aber die Klasse der Arbeiter bleibt in dem, was sie wesentlich sind, ungeschützt, sie genießen ja nicht als Arbeiter den Staatsschutz, sondern als seine Untertanen haben sie einen Mitgenuß von der Polizei, einen

sogenannten Rechtsschutz, darum bleiben sie eine diesem . . . der Besitzenden, diesem „Bürgerkönigtum“, feindliche Macht. Ihr Prinzip — die Arbeit — wird nicht nach ihrem Werte anerkannt, sie wird ausgebeutet und ist eine Kriegsbeute der Besitzenden, der Feinde.“

Dann fährt F. E. fort: „Solange das Volk dies nur dumpf fühlt, aber noch nicht zum klaren Bewußtsein hiervon gelangt ist: solange arbeitet und duldet, hungert und friert es für den liberalen Bourgeois, solange hofft und vertraut es auf ihn; denn es ist arglos . . . und schenkt seinen lügnerischen Versprechungen trotz der bittersten Erfahrung immer von neuem wieder Gehör, da es noch anderer Stütze bedarf . . . und es nicht wagt, auf eigenen Füßen zu stehen, noch eigenen Gedanken zu folgen.“

Das wissen die liberalen Herren sehr wohl, und darum sind ihnen alle diejenigen ein Dorn im Auge, welche das Volk hierüber aufklären, welche ihm zu dem Bewußtsein seiner Kraft und Würde verhelfen wollen. Die liberalen Herren möchten nun, nachdem sie die Schreiberstubenherrschaft (die vormärzliche Bureaukratie) gestürzt, ohne Scheu und Rückhalt die Vormünder des Volktes, die Verwalter seines Vermögens, das ist seiner Arbeit, die Vertreter resp. Verdränger seiner Rechte und Interessen sein. Vertreter nämlich seiner Rechte und Interessen sind sie nur solange, als dieselben mit ihren Rechten und Interessen Hand in Hand gehen. Wo diese Vereinigung aufhört, da wirft der Wolf den Schafspelz ab, da wird der liberale Bourgeois illiberal und zeigt seine Krallen. Trotzdem meint er, müsse sich das Volk von ihm vertreten lassen; erstens habe er das Recht dazu, denn er habe die Gewalt, das heißt das Geld; dann aber verstehe es das Volk weder, seine Interessen zu wahren und zu vertreten — es kenne sie ja kaum — noch solche lange Reden zu halten und so zu festessen und zu toasten, wie er, der dem Volke gern auf einige Wochen Kopf und Zunge leihe, weil es ihm zeitlebens Pharaodienste verrichte und in diesem Frondienste Leib und Seele opfere. Ein Dienst, der doch wahrlich des anderen wert!“

Und dann höhnt F. E. mit einer aus tiefster Empfindung quellenden Bitterkeit weiter. Der liberale Bourgeois trage natürlich keine Schuld daran, „wenn das Volk nicht den Himmel auf Erden hat. Gibt er doch wackeren und brauchbaren Leuten Arbeit und bezahlt ihnen dieselbe mit dem Preise, um den sie einig werden, das heißt, er gestattet ihnen, daß sie durch ihrer Hände Arbeit seine Kapitalien verdoppeln und verdreifachen und dafür einen Lohn in Empfang nehmen, der gerade zum notdürftigen Leben und oft nicht einmal dazu hinreicht. Wenn die Arbeiter davon nicht leben können, wenn sie in Not und Elend versinken, krank und arbeitslos werden, was kann er dafür? Er zwingt ja keinen, bei ihm zu arbeiten. Und wer will es ihm, der nur das Wohl und Wehe seines Geldbeutels berücksichtigt, verdienen, falls

er die Konkurrenz der Arbeiter unter sich zu seinem Vorteile ausbeutet! Der liberale Bourgeois hat nur einen Kopf zum Kalkulieren und Spekulieren, aber kein Herz zum Mitleid für andere. Man wird ihm zum Teufel doch nicht etwa zumuten, das ganze mühsige, hungernde und lungernde Arbeitervolk zu ernähren? Er hat das Seine getan, wenn er so viele Arbeiter beschäftigt als er braucht.“ Und dann übe der Bourgeois ja auch Wohltätigkeit, zahle zur Armentasse, stifte Sparvereine und gebe mit vollen Händen, sobald „eine Hungersnot eintritt und das Volk auffällig und unzufrieden wird. Denkt nur an die Weberunruhen . . . und neuerdings an die zahlreichen Geldhammlungen, ja an die Tänze und Bälle zugunsten der Kybniker und Blessen — des Teiles unseres Vaterlandes, wo Hunger und Typhus ihre Opfer dahinführen, wo Hunderte verwaister Kinder zwischen den Leichen ihrer Eltern nach Brot schreien — und gestattet uns einen Augenblick pflichtschuldigt gerührt zu sein“.

Aber wo liegen denn die eigentlichen Triebfedern dieser unerwarteten Samaritertätigkeit? F. E. findet sie im „Egoismus der Krämerseelen“, die von der Furcht, ihre Warenballen und Krösuschätze zu verlieren, plötzlich freigebig und mildtätig gemacht werden. „In der Tat ist es klug, sich lieber freiwillig einigen Abbruch zu tun und den Armen einige Brocken hinzuworfen, um sie zu beschwichtigen und das übrige zu retten, als nichts zu geben und alles aufs Spiel zu setzen; denn verhungernde Menschen sind zu allem fähig, sogar zu Drohungen, Gewalttaten und praktischem Kommunismus.“ Zu der Furcht aber, die bald verschwinden werde, „weil der deutsche Proletarier lieber in Geduld und Ergebung verhungert, als gegen seine Peiniger sich auflehnt“, komme die Vergnügungssucht, „durch ihre Neuheit eben höchst pikant für die blasirten Bürgerseelen“, ferner die Rivalität und der Ehrgeiz, und obendrein komme man noch mir nichts, dir nichts in den Ruf der Mildtätigkeit und Menschenfreundlichkeit, „und die liberalen Zeitungen versäumen es nicht, ihre Namen und Taten in alle Welt hinauszuposaunen und ihnen auf diese Weise die Unsterblichkeit zu sichern — solange die Lungen dauern. Wer noch auf einen jenseitigen Lohn hofft, erwirbt sich auch diesen.“

Wenn aber dann „die Sozialisten dies heuchlerische und verätherische Spiel aufdecken“ und nicht Verdienstliches in den „Verdiensten“ der liberalen Bourgeois zu finden vermögen, dann möchten diese vor Wut aus der Haut fahren, und „weil das doch gar zu unbequem ist, so begnügt ihr euch, über eine solche bisher unerhörte Frechheit laut aufzuschreien und drohet, die Hände ruhig in den Schoß zu legen und die Armen ihrem Schicksal zu überlassen.“

„Tut das nur“, so ruft F. E. zum Schluß aus, „und wir preisen euch als Wohltäter des Menschengeschlechts.“ Warum?

„Je nun, weil wir einen raschen, ja sogar einen langsamen und qualvollen Tod immer noch einem langen Leben voll Elend und Not, voll Hunger und Siechtum vorziehen. Solch ein Leben dünkt uns ein tausendfacher Tod. Vollführt also eure Drohung, dann seid ihr wenigstens barmherzig gegen die Armen und gerecht gegen euch; denn gerade indem ihr diese Drohung vollführt, beschwört ihr selber das Ungewitter herauf, das schon lange dumpf am Himmel grollt und das sowohl unser als euer Schicksal entscheiden wird. Den Weg friedlicher Vermittelung scheint ihr in eurer Verblendung zu verwerfen, obwohl wir zu wiederholten Malen die Stimme der Kassandra erhoben. Ihr habt uns das Los der Kassandra teilen lassen; mögt ihr nun die blutigen Folgen verantworten, wir waschen unsere Hände in Unschuld.“

Einen mehr humoristischen Einschlag besaß der Kampf, der gegen die Bilder der verhassten Demokratenführer geführt wurde. Da die Breslauer Demokraten auf andere Weise ihre Gesinnung öffentlich nicht betätigen durften, so taten sie es in der Form, daß sie in ihren Stammkneipen über den Stammtischen die bekränzten Bilder ihrer Führer, wie *Waldeck* oder *Blum* oder *Jacoby*, anbrachten und unter ihren Augen zu ihren Ehren einen Schoppen um den anderen leerten. Auch das erschien Herrn v. Kehler ein staatsgefährliches Unterfangen, das nicht geduldet werden durfte. So hatte sich auch in der Katternecke am 14. Januar 1850 eine stattliche Anzahl Zecher unter dem umkränzten Bilde Waldecks eingefunden. Plötzlich, abends gegen 9 Uhr, erschien ein Polizeikommissar im Lokale und forderte die Aushändigung aller revolutionären Porträts. Doch die Zecher verlangten etwas Schriftliches. Der Kommissar verschwand. Um 10 Uhr wurden der Neumarkt und die angrenzenden Straßen militärisch abgesperrt und Polizeipräsident v. Kehler betrat mit dem Kommandanten v. Aschoff die Gasträume der Katternecke. Die anwesenden Gäste wurden aufnotiert, ein Teil von ihnen sogar verhaftet und erst am anderen Tage wieder freigelassen. Zugleich erschien eine polizeiliche Bekanntmachung, daß in Zukunft dem wühlerischen Treiben gewisser Leute mit allem Nachdruck werde entgegengetreten werden. Die Gastwirte wurden gezwungen, alle der Polizei nicht genehmen Bilder aus ihren Lokalen zu entfernen, und selbst aus den Buchhandlungen verschwand die Porträts der Demokratenführer!

Trotzdem sollte ein völliger und dauernder Erfolg dem Vernichtungskampfe gegen die Breslauer Demokratie nicht beschieden sein. Zwar nicht mehr mit der alten Kraft und Begeisterung, sondern viel zahmer als vor sieben Jahren, trat die Breslauer Demokratie vom Jahre 1855 ab wieder auf den politischen Schauplatz. Was war natürlicher, als daß auch die Polizei wieder mit aller Rührigkeit einsetzte, um den verhassten Gegner niederzuschlagen. Besonders geschah dies, als im Jahre 1857 die Bres-

lauer Demokraten beschlossen, sich zum ersten Male seit Errichtung des Dreiklassenparlaments als Partei an den Landtagswahlen zu beteiligen. In einer ihrer Wahlversammlungen vom 10. November hatten sie nach Ansicht des Herrn v. Rehler wieder allzu fest ihr Haupt erhoben und so wurde nach alter, lieber Übung mit Haussuchungen gegen sie zu Felde gezogen. Bereits am nächsten Morgen 6 Uhr erschien die Polizei im Hause des Dr. Stein, um bei ihm unter dem Vorwande Haussuchung zu halten, es sei ein soeben erschienenenes Wahlflugblatt von dem „Komitee für unabhängige Wahlen“ unterzeichnet worden, während ein solcher Verein bei der Polizei nicht angemeldet sei. Es handele sich also offenbar um eine geheime Verbindung. In jedem Zimmer der Steinschen Wohnung wurde ein Schukmann aufgestellt und dann nahmen zwei Kommissare eine so gründliche Durchwühlung der Wohnung Dr. Steins vor, daß nicht einmal die Herbarien seiner Söhne verschont blieben. Alle möglichen Drucksachen und Schriften, selbst private Familienbriefe, wurden allem Protest zum Hohne beschlagnahmt. Dann wurden die Wohnungen anderer Parteiführer der gleichen Durchsuchung unterzogen. Ueberall ohne Erfolg. In diese Haussuchungen knüpfte sich eine Zeitungsfehde zwischen Dr. Stein und dem Präsidenten v. Rehler, in deren Verlauf der letztere zugab, daß die Haussuchung auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft erfolgt sei.

Die vorstehenden Schilderungen beweisen, wie sich die Reaktion stets auf jede freie Regung geworfen hat, um sie zu ersticken. Sie bilden für die bürgerlichen Nachfahren der Freiheitskämpfer und besonders für die emporstimmende Arbeiterklasse, die sich mit denselben Institutionen herumschlagen mußte, ein lehrreiches und interessantes Kapitel.

Ein Trauerfall, der nicht nur eine Lücke in das politische Leben Breslaus riß, sondern auch der Wissenschaft einen hochbegabten und fleißigen Forscher raubte, war das am 16. März 1858 erfolgte Ableben des Präsidenten der Leopoldinisch-karolinischen Akademie der Wissenschaften, Nees von Esenbeck. Nees war am 14. Februar 1776 auf dem Reichsberge bei Erbach im Odenwalde geboren. Er besuchte das Pädagogium in Darmstadt, studierte von 1796—99 in Jena Medizin und zog sich nach mehrjähriger Praxis im Odenwalde auf ein kleines Landgut nächst Rixingen bei Frankfurt zurück, wo er sich mit den europäischen Sprachen und Naturwissenschaft beschäftigte. Er trat in dieser Zeit in regen Verkehr mit Goethe, Fichte, Schilling und Alexander von Humboldt. 1817 wurde Nees als Professor der Botanik nach Erlangen, 1918 von dort nach Bonn berufen. 1830 übersiedelte er nach Breslau, wo er mit der Professur gleichzeitig die Direktion des Botanischen Gartens übernahm. Dieser berühmte Botaniker und Naturphilosoph hatte sich der Sache der Arbeiter

immer mit großem Eifer gewidmet. Gleich nach der Märzherhebung hatte er einen Aufsatz erscheinen lassen, in welchem er ein Ministerium der Arbeit und vom Staate zu organisierende Produktiv-Genossenschaften empfahl. Er war ein Menschenfreund im edelsten Sinne des Wortes und ein Sozialist, wenn er sich auch zur Klarheit des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht durchgerungen hatte. Am 23. August 1848 vertrat er den Breslauer Arbeiterverein auf einem Arbeiterkongress in Berlin. Der aus 40 Delegierten bestehende Kongress wählte Nees, der damals schon 72 Jahre alt war, zu seinem Präsidenten. Er hatte die Zeit der französischen Revolution mit erlebt und deren Ideen von Gleichheit und Brüderlichkeit in sich aufgenommen. Seine Anhänglichkeit an die Arbeiterfrage war so groß, daß auch sein wissenschaftlicher Ruhm ihn nicht vor Verfolgungen schützen konnte. Der Mann, den 1817 schon die Wiener Akademie der Naturforscher zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, ward nicht nur 1849 aus Berlin ausgewiesen, sondern auch 1851 von dem Amte eines Professors der Naturwissenschaften, das er in Breslau innehatte, suspendiert und 1852 durch Richterspruch förmlich abgesetzt. Er blieb seinen Ueberzeugungen treu und starb im Elend, 82 Jahre alt. Auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, für die er so manches Opfer gebracht hatte, ruhen seine Gebeine.

Der preußische Landtag wurde am 27. Mai 1863 geschlossen. Bald darauf, am 1. Juni, erschienen die sogenannten *Preßordnungen*, die es gestatteten, Zeitungen nach dreimaliger Verwarnung im Verwaltungswege „wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung, zu unterdrücken. Natürlich ließ die Breslauer Polizei sich das nicht zweimal anbieten. Sämtliche Zeitungen erhielten Verwarnungen, und nur die äußerste Vorsicht bewahrte die Blätter vor der Unterdrückung. Immer wieder konnte man den Vermerk lesen: Kann mit Rücksicht auf die bestehenden Preßvorschriften nicht gebracht werden!

Bis zum Tode Ferdinand Lassalles.

In der Geburtsstadt Ferdinand Lassalles, die in ihrer Erde auch birgt, was sterblich war von ihm, ist die sozialdemokratische Arbeiterbewegung später und langsamer erwacht, als in den Zentren Mitteldeutschlands und im Westen wie im Norden unseres Vaterlandes.

Breslau, das im Mittelalter und bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein zu den bedeutendsten Handelsstädten des europäischen Festlandes gehört hatte, war mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens von seiner einstigen Höhe herabgesunken. Eine Industrie im modernen Sinne war um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hier kaum in ihren Anfängen vorhanden,

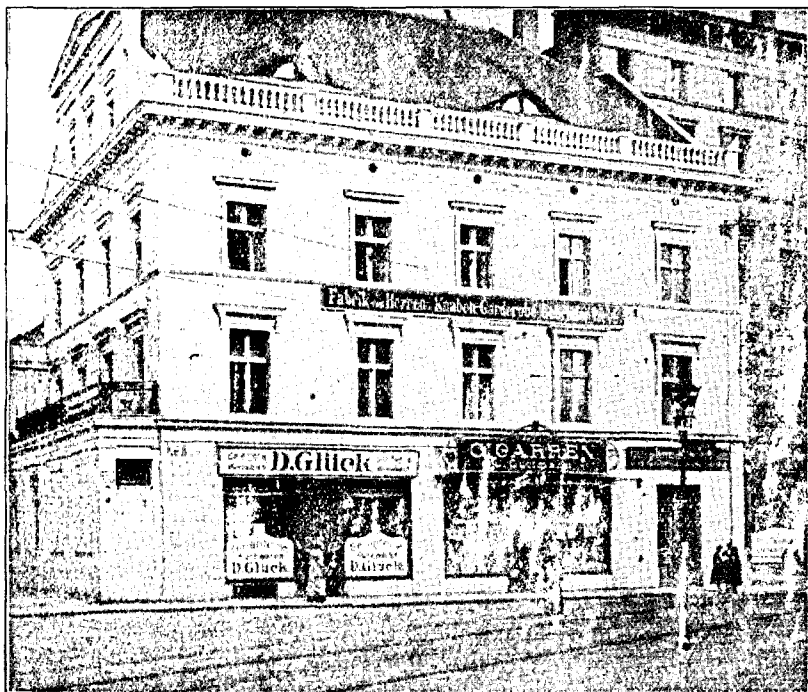
und die in ihr beschäftigten Arbeiter, die sich zu einem ganz überwiegenden Teile aus den polnisch sprechenden Vorlanden rekrutierten, gehörten zu den zurückgebliebensten und wirtschaftlich am tiefsten stehenden Proletarierschichten ganz Deutschlands. Die Vorbedingungen für ein Erwachen der Bewegung fehlten also so gut wie ganz, und es kann daher nicht wundernehmen, wenn in der Vaterstadt des größten Agitators der sozialdemokratischen Ideen diese selbst einen zur Saat völlig unbestellten Boden fanden.

Ferdinand Lassalle wurde am 13. April 1825, nicht am 11. April, wie stets irrtümlich angegeben wird, in Breslau geboren. Im Geburtenregister der jüdischen Gemeinde steht eingetragen:

Nr. 605.	Name der Gebärenden:	Vater:	Tag der Geburt:
	Rosalie, geb. Heitzfeld, Rohmarkt Nr. 6.	Heimann Lassal, Kaufmann.	13. April.
	Dauer der Geburt:	Art der Geburt:	Zustand des Kindes bei und nach der Geburt:
	6 Stunden.	gut.	gesund.
	Geschlecht des Kindes:	Nachgeburt:	Bemerkungen:
	Knabe, Ferdinand,	¼ Stunde.	Dr. Hentschel.

Er, dessen Leben ein einziger Kampf war, ist dem Schoße einer friedlichen Kaufmannsfamilie entsprossen. Seine Eltern bestimmten ihn für den Handelsstand. Die solide Firma sowie das ansehnliche Vermögen der Familie schienen ihm von Geburt an ein sorgenfreies Leben zu sichern. Er brauchte nur in die Fußstapfen seines Vaters zu treten und dessen Geschäfte weiter zu führen, dann war nach kleinbürgerlichen Begriffen „sein Glück gemacht“. Allein jene Charaktereigenschaften, welche Ferdinand Lassalle (so nannte er sich, indem er den Namen seines Vaters Lassal franzüsierte) zu einem ungewöhnlichen und bedeutenden Menschen machten, traten bei ihm schon früh zutage. Ein stilles, tatenloses Leben entsprach nicht seinen Träumen und Wünschen. Ohne äußeren Anlaß, ganz aus sich selbst heraus, entwickelte er schon im Knabenalter große Energie und trotzigen Eigenwillen. Zum Belege hierfür erzählt man, er habe einstmals als Kind eine schwierige Familienangelegenheit geordnet, indem er den Eltern und anderen Erwachsenen gebieterisch gegenübertrat, und man habe sich ihm gefügt, weil man erkannte, daß er mit großem Scharfblick die Situation richtig erfaßt hatte. Doch hörte er nie auf, seinen Eltern ein liebender Sohn zu sein und widmete ihnen stets eine innige kindliche Verehrung. Als Ferdinand im 16. Lebensjahre stand, brachte ihn sein Vater nach Leipzig und bewirkte seine Aufnahme in die Leipziger Handelsschule, wo er sich zum praktischen Kaufmann ausbilden sollte. Die Handelsschule besuchte Lassalle mit schlechtem Erfolg. Er hatte für die prosaische Beschäftigung eines Handelsbessenen kein Interesse und suchte seinen Lebensberuf in höheren Aufgaben. So oft der alte Lassal

nach Leipzig kam, bestürmte ihn Ferdinand um die Einwilligung, daß er die Handelsschule verlassen und den Handelsberuf aufgeben dürfe. Er geriet auch in Konflikte mit seinen Lehrern und gab den kaufmännischen Beruf endlich auf, indem er seinen Eltern schrieb, er werde das dritte und letzte Jahr seines kaufmännischen Kursus nicht absolvieren, sondern im Sommer 1841 nach Breslau zurückkommen. Die Eltern hatten sich bis dahin



Geburtshaus Ferdinand Lassalles.

ernstlich gesträubt, einem Wechsel des Berufs ihres Sohnes zuzustimmen, sein eiserner Wille war aber schließlich auch in diesem Falle entscheidend.

So wurde er denn Student der Universität Breslau. Wir besitzen auch aus dieser Zeit vollgültige Zeugnisse von Männern, die damals mit ihm studierten und später im öffentlichen Leben eine Rolle gespielt haben. Zu den bekanntesten gehört Rudolf von Gottschall, der damals als junger Breslauer Akademiker eine handschriftliche Zeitschrift herausgab, zu der dann auch der Studiosus Ferdinand Lassalle philosophische Artikel beisteuerte.

Aber diese Zeitschrift, in welcher Gottschall eines Tages ein Gedicht mit Angriffen auf das preukische Beamtenum veröffentlichte, erregte dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei und der akademischen Behörden und war der Anlaß zu einer allgemeinen Studentenversammlung, die sehr stürmisch verlief und auch dadurch besonderes Interesse hat, daß einer der Studenten mit dünner Stimme, aber mit unwiderstehlicher Logik seinen Gegner niederwetterte. Es war Ferdinand Lassalle. Gottschall mußte infolge eines Rektoratsbeschlusses die Universität verlassen, man gab ihm ein großes akademisches Geleit bis zum Oberschlesischen Bahnhof, und allerlei politische Lieder zum Abschiede gesungen wurden, in welche das zahlreich versammelte Publikum mit einstimmte. Dieses Geleit setzte dann das Universitätsgericht in eifrige Tätigkeit, und von der Untersuchung wurde auch Ferdinand Lassalle betroffen. Dem Universitätsrichter gegenüber bewies er sein gutes Recht mit jenem Selbstbewußtsein, das ihn später in ähnlichen Lagen nie verlassen hat. Lassalle wurde zu achttägiger Karzerstrafe verurteilt: Der junge Agitator war zum -- Märtyrer geworden! Rennen gelernt hatte ihn Gottschall in Kipflings Bierkeller, wo damals der politische Freisinn verkehrte und seine Tätigkeit mit der Deklamation politischer Gedichte begann. Der junge Lassalle fiel hier durch seine Beredsamkeit auf, mit welcher er die damals herrschende Philosophie Hegels verteidigte.

Später kam er an die Berliner Universität, wo er mit größtem Fleiße Philologie und Philosophie studierte. Dann ging er nach Düsseldorf und Paris, um seine Studien fortzusetzen. 1845 ließ er sich in Berlin als Privatgelehrter nieder und widmete sich gleichzeitig dem politischen Leben. Zu einer Zeit, wo Lassalles Wirken im übrigen Deutschland schon längst, besonders in der Erstarkung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, seine Früchte trug, wo die Stimme des Großmeisters der sozialistischen Ideen in ganz Deutschland hallendes Echo erweckte, segelte in Breslau, soweit hier überhaupt von einer Arbeiterbewegung die Rede war, diese im Fahrwasser des Manchesterturns und der Fortschrittspartei. In politischer Beziehung erschöpfte sich die Breslauer Arbeiterbewegung vollständig im Fortschrittsverein.

Im Herbst 1862 geriet der Leipziger Arbeiterverein auf den Gedanken, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß nach Leipzig zu berufen und auf diese Weise das selbständige Vorgehen des Arbeiterstandes zu veranlassen. Der Schuhmacher Julius Bahlteich*), der einige Zeit in Breslau gearbeitet, sich aber

*) Bahlteich wurde am 30. Dezember 1839 in Leipzig geboren. Als Schuhmacherlehrling war er mit den Schriften Wilhelm Weitlings in Berührung gekommen. Er gehörte Anfang der 60er Jahre zu der kleinen Gruppe im Leipziger Arbeiter-Bildungsverein, die mit Lassalle in Berührung trat, dessen Sekretär er später wurde. In der konstituierenden Versammlung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ zu Leipzig am 23. Mai 1863 vertrat

wegen seiner Jugend politisch noch nicht betätigt hatte, trat zu diesem Zwecke mit Arbeitern und Arbeiterfreunden in verschiedenen Teilen Deutschlands in Verbindung, darunter auch mit Breslawern. Die Abhaltung des Arbeiterkongresses stieß jedoch auf bedeutende Schwierigkeiten, sie unterblieb daher.

Um für den von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu werben, versandte der Vereinssekretär Bahlteich das als Propagandaschrift erschienene „Offene Antwortschreiben“ Lassalles nach allen Richtungen. Doch welchen Enttäuschungen wurde er dabei ausgesetzt! Aus Breslau erhielt er im Mai 1863 eine ausführliche Schilderung der herrschenden Vereinszustände, der wir einiges entnehmen. „Es bestehen hier in Breslau“, so hieß es darin, „eine Menge Vereine, unter ihnen auch mehrere, für welche die beregte Frage von großem Interesse ist, nämlich

1. Der Gewerbeverein, der älteste der hier gemeinten Vereine, zum größten Teil selbständige Gewerbetreibende zu seinen Mitgliedern zählend . . . Die in Rede stehende Arbeiterfrage gehört nach den Statuten des Vereins nicht unter die zur Besprechung geeigneten Gegenstände und würde hier in der Lassalleschen Auffassung auch entschiedene Gegner gefunden haben, sie ist deshalb auch hier gar nicht zur Besprechung gelangt und Ihre (des Vereinssekretärs) Annahme daher eine irrige.

2. Der Handwerkerverein, ein Arbeiterbildungsverein, in seinen Tendenzen und seiner Zusammensetzung ähnlich dem Berliner Handwerkervereine; er ist etwa acht Jahre alt und verfolgt auch ziemlich mit denselben Mitteln, wie der Berliner, seinen Zweck. Er ist es, in welchem die Arbeiterfrage besprochen wurde, und, wie Sie ganz richtig bemerkten, ein Beschluß abgelehnt worden ist; nicht aber, wie Sie annehmen, um eine neutrale Stellung zu beobachten, denn die Majorität dieses Vereins und namentlich die eigentlichen Arbeiter, haben sich ganz entschieden gegen die

er neben Dammer und Frißche die Leipziger und wurde selbst zum Vorsitzenden der Tagung gewählt. Im Januar 1874 wurde Bahlteich im Wahlkreise Mittweida in den Reichstag gewählt, dem er bis zur Auflösung des Reichstages nach dem Attentate Nobilings im Jahre 1878 angehörte. Das Sozialistengesetz, bei dessen Erlaß er gerade eine längere Gefängnisstrafe abbüßte, veranlaßte ihn, 1881 nach Amerika auszuwandern. Dort lebte er in Neuyork wieder seinem Schuhmacherberufe, dann als Photograph, bis er 1901 an die „Neuyorker Volkszeitung“ berufen wurde. 1908 trat er krankheitshalber zurück und lebte in Chicago bei seinem Sohne, wurde aber bald von den Genossen für die dortige Arbeiterzeitung gewonnen. Im Oktober 1910 konnten die Breslauer Genossen den alten Parteiveteranen in ihren Reihen begrüßen, er referierte über den Sozialismus in Deutschland und in Amerika. In einigen schlesischen Städten hatte man unserem Genossen das Reden verboten, deshalb nahm die Breslauer Versammlung eine Protestresolution gegen die polizeilichen Redeverbote in den Provinzstädten an. Bahlteich verstarb am 26. Februar 1915; mit ihm ist der letzte Gründer der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen.

Lassalleschen Vorschläge und Bestrebungen ausgesprochen, sondern aus anderen Gründen, die ich hier nicht weitläufig auseinandersetzen kann. Was das Resümé der Debatte anbetrifft, so ist die Ansicht der Majorität etwa folgende: Man hält die freien Assoziationen der Arbeiter allerdings für das geeignetste Mittel, den Arbeiterstand zu heben, die Zweckmäßigkeit der Staatsintervention indes für sehr fraglich, die Notwendigkeit derselben nirgends bewiesen, am allerwenigsten durch Lassalle (denn daß, um alle Arbeiter einstens in von Arbeitern gegründeten Fabriken zu beschäftigen, die so und so vielfache Zahl von Arbeiter-Aktionären, die hinter jenen stehen, nicht mehr aufgetrieben werden könne, ist doch nur eine Scheinlogik, wie Sie selbst zugeben werden, wenn man diesen Satz als Beweis für die Notwendigkeit der Staatsintervention hinstellt). Man hält ferner die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, das Streben nach dem allgemeinen Wahlrecht, so wünschenswert dies auch an und für sich ist, unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen für gefährlich, insofern es die Einigkeit der liberalen Parteien stört und bei unseren jetzigen Zuständen, die uns jeden Tag schon einen strengeren Zensur bringen können, sogar für lächerlich und nutzlos . . . Ueberhaupt aber werden freie Assoziationen der Arbeiter sowohl mit Selbst- als mit Staatshilfe so lange nicht den gewünschten Erfolg haben, so lange die Bildung unseres Arbeiterstandes noch eine so mangelhafte ist, wie gegenwärtig; nur eine größere Bildung kann soviel Selbstverleugnung hervorrufen, als notwendig ist, um sich selbst einer so strengen Disziplin zu unterwerfen, wie sie für das gedeihliche Wirken einer jeden Fabrik-tätigkeit unumgänglich notwendig ist. Baue man also erst an dem Fundament, bevor man das Dach aufsetzen will, das heißt Sorge man von allen Seiten, wo man es wirklich gut mit den Arbeitern meint, für eine bessere, umfassendere Bildung sowohl durch die Schule als durch Vereine, und lasse man den Ruf hiernach, den Notschrei gewissermaßen, von allen Seiten ertönen und alle Schichten der Gesellschaft durchdringen, und man wird sich durch ernstliches Streben nach unserer Meinung ein größeres Verdienst erwerben, als durch den Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht, der vorderhand, bei uns wenigstens, ungehört verhallt und der, wenn er selbst Glück und Erfolg hätte und uns die verlangte Staatshilfe gewährte, in den mit derselben errichteten Arbeiterwerkstätten Fabriken liefern würde, die schon bei ihrer Entstehung den Keim des Todes in sich trügen, insofern als unsere deutschen Arbeiter weder das Selbstbewußtsein, noch den Takt und die politische Bildung der englischen, noch überhaupt Bildung genug haben, um sich selbst so streng zu disziplinieren, wie dies eben notwendig ist. Dies sind etwa die Ansichten der Majorität des Breslauer Handwerkervereins und auch meine eigenen. Ein Anschluß an den Deutschen Arbeiterverein steht also von uns nicht zu erwarten.

Außer den genannten Vereinen haben wir noch:

3. Den Schlesischen Zentral-Gewerbeverein. Er bildet eine Verbindung von gegen 30 Gewerbe-, Handwerker-, Vorschuß- und Kreditvereinen und ist sonach als der Ausdruck der ganzen Provinz anzusehen. Er hält jährlich einen Vereinstag hier in Breslau ab. Bei dem diesjährigen war auch ein Antrag gestellt worden, die Arbeiterfrage zu besprechen, er wurde jedoch zurückgelegt und später ganz zurückgezogen, weil man in der Tat wichtigere und unserer Provinz näherliegende Gegenstände zu besprechen hatte. Also auch von der Provinz würden Sie, was den Anschluß an den Deutschen Arbeiterverein betrifft, wenig zu erwarten haben. Es tut mir leid, daß ich Ihnen auf diese Weise alle Hoffnung auf massenhaften Anschluß aus der Provinz Schlesiens raube, allein ich halte dafür, daß es unter Männern sich ziemt, gleich mit der Wahrheit hervorzutreten und klaren Wein einzuschänken, und hoffe, daß ich mir auf diese Weise mehr Ihre Achtung erwerbe, als wenn ich Ihnen unklare Bilder gemalt hätte.“

Aus vielen anderen Gegenden Deutschlands lauteten die Antworten nicht besser. Trotz alledem organisierte Lassalle seinen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, er versandte Agitations- und Verwaltungsmaterial und ernannte in 15 Orten Bevollmächtigte. Meist nahm er dazu alte Demokraten des Jahres 1848, sicher ein großer Irrtum Lassalles. Denn um eine neue Bewegung auf die Beine zu bringen, bedurfte es einer völlig neuen Generation. Die alten Demokraten waren entweder unklare Enthusiasten gewesen und geblieben, oder wenn sie von der Regel eine ehrenwerte Ausnahme machten, waren sie gewöhnlich doch weß und matt. Was seine Geburtsstadt Breslau anbelangt, so setzte Lassalle dort ins Bevollmächtigtenamt den alten, durchs Gefängnis gebrochenen und an der Schwindsucht leidenden Revolutionär Peter Nothjung*) ein, der ohne Tätigkeit blieb und einzig zur Ausschmückung der Liste diente. Lassalle hatte Nothjung während seiner Festungshaft und auch später mehrfach unterstützt. Letzterer hatte schließlich versucht, sich in Breslau als Photograph durchzuschlagen. Der kranke Nothjung war nicht mehr energisch genug, um auf dem schwierigen Terrain, das auf allen Seiten von Feinden besetzt war, für den Verein Eroberungen zu machen.

*) Peter Nothjung war Schneider von Beruf und ein alter Kampfgenosse von Karl Marx. Er hatte zu den vier Emissären gehört, die der Bund der Kommunisten in Köln ausgesandt hatte, um in den einzelnen Gemeinden zu erforschen, inwieweit die inneren Zermürbungen des Jahres 1850 den Bund zerrüttet hatten. Nothjung wurde am 10. Mai 1851 zufällig wegen Mangels an Legitimationspapieren in Leipzig verhaftet. Die Polizei fand bei ihm das kommunistische Manifest, die Statuten des Kommunistenbundes, die Ansprachen der Zentralbehörde vom März und Dezember 1850, Briefe von Beder und Bürgers (dem späteren freisinnigen Abgeordneten von Breslau-West) und eine Anzahl Adressen. Diese Spuren und das Geständnis des in Hamburg verhafteten Kommiss Haupt führten zur Entdeckung der

Er blieb daher bis an seinen Tod zwar ein treuer Parteigenosse, der auch einmal im Jahre 1864 im Breslauer Handwerkerverein einen politischen Vortrag gehalten hatte, aber ein Bevollmächtigter ohne Gemeinde.

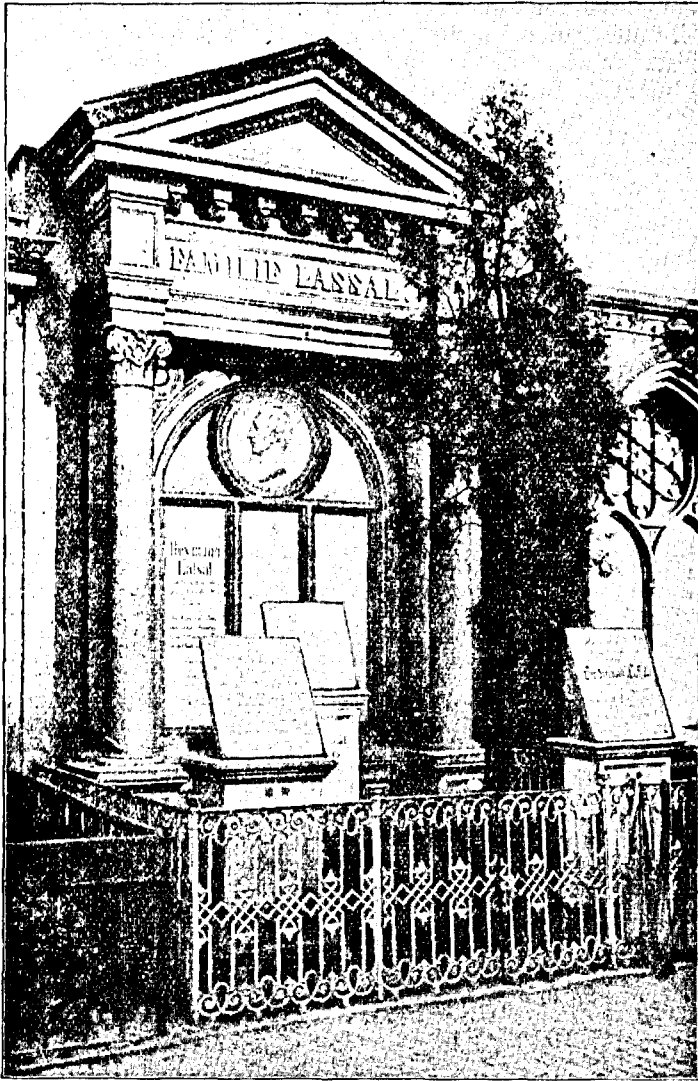
Ueber die Breslauer Vereinsangelegenheit berichtete unterm 21. Mai 1864 Dr. Neumann an das Sekretariat Lassalles:

„Ich lebe hier (in Breslau) wie unter Botofuben. Nothjung, den ich gleich am ersten Tage besucht hatte, und bei dem ich einige Tage wohnte, kümmerte sich meines Wissens verdammt wenig um den Verein und seine Angelegenheiten. Es ist hier überhaupt, soweit mir bekannt, der Boden ein sehr unfruchtbarer für unsere Sache, daß ich mir, wenigstens auf mein Wirten, da ich höchstens noch vier bis sechs Wochen hier zu bleiben gedente, nichts verspreche.“

Es mag Lassalle sehr geschmerzt haben, daß seine Vaterstadt unerobert blieb. Er hatte inzwischen einen kleinen Strauß mit der Breslauer Polizei auszufechten, denn am 25. März 1864 richtete er eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten zu Breslau wegen eines mit Lassalles Mutter angestellten Verhörs, bei welchem man über Lassalle Erkundigungen eingezogen hatte.

Am 28. August 1864 fand in der Nähe von Genf zwischen Lassalle und dem Studenten Janko von Racowika, einem Wallachen, eines Liebeshandels wegen, ein Pistolenduell statt. Lassalle wurde tödlich verwundet. Er wurde nach dem in der Rue Montblanc in Genf belegenen Hotel „Viktoria“ durch Wagen gebracht. Dort starb er am 31. August. Noch ehe Lassalles Sarg geschlossen war, entbrannte der erste Streit zwischen seiner Mutter und der Gräfin Hayfeldt, der Freundin Lassalles. Sein Vater war nicht lange vorher gestorben, und seine übrige Familie, Mutter, Schwester und deren Mann, ein Kommerzienrat Friedland, den Lassalle tödlich gehaßt hatte, bekundeten bei seinem Tode, wie tief sie noch im Sumpfe des Kapitalismus steckten. Nach weitläufigen Verhandlungen wurde das Uebereinkommen getroffen, daß die Gräfin Hayfeldt die Leiche Lassalles zur Beerdigung in Berlin ausgeantwortet erhielt gegen Uebernahme von 10 000 Franks Unkosten, und die Verpflichtung, das Begräbniß nach jüdischem Ritus auszurichten. Die Gräfin beabsichtigte, den Sarg durch die großen Gemeinden

Kölner Zentralbehörde. Elf Mitglieder des Bundes, darunter Nothjung, wurden unter die Anklage des versuchten Hochverrats gestellt und in Untersuchungshaft genommen. Ferdinand Freiligrath, der gleichfalls angeklagt werden sollte, befand sich bereits in London, wohin der Arm der preußischen Justiz nicht reichte. Die preußische Regierung beiferte sich, aus dieser Anklage eine gewaltige Haupt- und Staatsaktion zu machen. Die Lockpfeilkünfte des Polizeirats Stieber brachten ein gewisses Anlagematerial zusammen. Die Verhandlungen dieses Kölner Kommunistenprozesses währten sechs Wochen, vom 7. Oktober bis zum 12. November 1852. Die Freisprechung der Angeklagten schien unabweislich. Aber die Geschworenen verurteilten sieben von den elf Angeklagten zu Festungsstrafen von drei bis sechs Jahren. Nothjung erhielt sechs Jahre Festung.



Grabstätte Ferdinand Lassalles.

des Vereins zu führen und überall feierliche Totenfeste zu veranstalten. Doch gelang ihr nur in Mainz die imposante Ausführung ihres Vorhabens. Als der Sarg auf einem Dampfer in Köln anlangte, beschlagnahmte ihn die Polizei im Auftrage der Familie und führte ihn nach Breslau, wo er sofort mit würdeloser Eile auf dem jüdischen Friedhof bestattet wurde. Die Breslauer Polizei hatte den Zeitpunkt von Lassalles Beerdigung geheim gehalten. Als die letzte Scholle Erde auf den Sarg fiel, meinte Friedland schmunzelnd: „Nun ist der große Kampf begraben.“ Zur Mutter Lassalles sagte die Gräfin Hatzfeldt: „Sie sind eine Gans, die einen Adler ausgebrütet hat.“

Eine Schilderung der Beerdigung Lassalles existiert in einem Briefe Rothjungs, den dieser an seinen Freund und Kampfgefährten Bruhn gerichtet hatte. Letzterer war ein alter Revolutionär aus den dreißiger Jahren, der schon dem Bunde der Geächteten und später dem Bunde der Kommunisten angehört hatte. Der Brief lautet mit seinen Schreibfehlern, da ein Korrigieren die Wirkung abschwächen würde, wie folgt:

„Breslau, den 14. September 1864.

Mein lieber Bruhn!

Soeben komme ich von der Beisetzung Lassalle.

Gestern früh acht Uhr ließ mir ein Freund sagen, daß die Leiche gegen ¼9 Uhr mit der Berliner Eisenbahn eintreffen sollte.

Auf dem Bahnhofe angekommen, sah ich ein Polizeikommissar, mehre Polizisten und Gensdarmen, nach vielem hin- und herfragen erlangte ich die Gewißheit, daß sich die Leiche wirklich in einem Packwagen befinde. Da der Komisar sah daß es, in Betref der Ankunft, Geheimniß geblieben war, so ließ er einige der Mannschaften gehen. Nachdem nun von Passagieren usw. Alles weg war, öffnete man den Paquetwagen um den Sarg herauszuheben, die Arbeiter riefen nach dem Leichenwagen, und als solcher fuhr ein gewöhnlicher Plauwagen, wie er hier genannt wird (ein Korbwagen mit Leinwanddach), vor, daß schien denn doch diesen Arbeitern unglaublich zu unglaublich, und sagten auf dieses Ding wird man ihn nicht setzen wollen, da aber war es so. Die Leiche wurde in den Plauwagen gehoben und einige jüdische Todten-träger setzten sich hinzu und fuhr man hinaus auf den Kirchhof. Von der Ganzen Familie von hier war Niemand anwesend. Alles wurde durch fremde Hände besorgt. Ich begleite den Wagen heraus, auf dem Kirchhof angekommen, wurde der Sarg herausgehoben und in das Todtenhaus gesetzt, das Todtenhaus zugeschlossen und den Todtengräber gesagt, bei Verlust seines Amtes Niemanden aufzuschließen. Ich ging nach der Stadt zurück und zu einem nahen Verwandten und fragte ihn, wann die Beerdigung sein würde, der war erstaunt über die Ankunft und wußte nichts, wir gingen beide wieder nach dem Kirchhof und er fand alles wie ich gesagt und würde nichts zugelassen. Wir wurden nicht einmal gewahr, wer eigentlich der Wirkliche anordner war, da die Mutter noch nicht da war, mittlerweile hatte sich in der Stadt die Nachricht verbreitet, das die Beisetzung noch am selben Tage erfolgen würde, welches aber nicht wahr war. Am andern morgen, also heute früh traf seine Mutter, Md. Lassalle ein, und um 8 Uhr wurde mir gesagt, Morgen soll die Beisetzung stattfinden. Ich aber Mißtrauisch, ging gegen 10 Uhr wieder hin, da sagte man schon vielleicht wird heute

um 5 Uhr das Begräbnis stattfinden. Gegen 1 Uhr war ich schon wieder da und war nun zufällig Zeuge, daß man die Mutter nöthigte, zu unterschreiben, daß schon um 3 Uhr die Beerdigung stattfinden könne. Die Polizeiliche Erlaubnis hatte der betreffende schon in seinen Händen, ich lief nun und machte es so viel als möglich Bekannt und heraus nach dem Kirchhof, man arbeite noch über dem Grabe, und Hals über Kopf wurde der Sarg verscharrt. Als Zeugen waren nur sehr wenige Freunde, Einige Verwandte, und welche, die von diesen herausgeschickt waren, zugegen. Ich sage verscharrt, den die Verwandten hatten (wenn auch in unserem Sinne) keinen Pfaffen, keinen Gesang, nichts gar nichts hinbefohlen. Aber Etwas, daß ich nicht Lüge hatten sie herausgeschickt, und was, Einen Polizei Inspector und ein paar Gensdarmen. Und warum diese Eile und warum dieses schnelle Verscharren? Wenn viele Menschen draußen gewesen, so wäre das eine Demonstration gewesen, das mußte verhütet werden. Mit den Worten Lassalles Schwager zu reden, nach dem der Sarg in die Erde gesengt war, jagte er gegen einen Anverwandten, nun haben wir einen großen Kampf begraben.

Dieser große Geist*) wollte damit sagen, daß mit der Hülle auch seine Ansichten und seine Anhänger begraben würde. Dieser große weiß aber nicht daß sich seine Ansichten nicht begraben lassen und seine Freunde auch den nur erst, wenn sie erst auch dahin es gebracht haben.

Es grüßt

Roßjung.“

Der Schriftsteller Hugo Friedländer schildert die Beerdigung wie folgt: „Es sind fast 50 Jahre verflossen — ich war ein blutjunger Gymnasiast — da wohnte ich auf dem israelitischen Friedhofe in Breslau einem seltenen Leichenbegängnis bei . . . Die Leiche wurde in dem Erbbegräbnis der Familie Lassalle beigesetzt. Etwa 20 Arbeiter hatten sich zur Beerdigung eingefunden. Ich möchte bezweifeln, daß diese Arbeiter Sozialdemokraten waren, denn erst viel später machten sich in Breslau, durch Begründung eines „Breslauer Arbeitervereins“, die ersten Anfänge einer politischen Arbeiterbewegung geltend. Und erst im Oktober 1867 wurde der Breslauer Arbeiterverein in eine Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins umgewandelt. Aber der Beerdigung wohnte der schlesische Dichter Karl von Holtei, der damalige Chefredakteur der „Breslauer Zeitung“, Dr. Julius Stein, der damalige Chefredakteur der „Breslauer Morgen-Zeitung“, Dr. Moritz Elsner, zwei achtundvierziger Demokraten und ehemals Abgeordnete der Nationalversammlung, die Freundin Lassalles, Gräfin Sophie von Hahfeldt, der Freund Johann Jacobys, Kaufmann Louis Cohn, genannt der „Wühler-Cohn“, und der Freund Lassalles, der 1875 verstorbene Freiheitsdichter Georg Herwegh, bei. Von Herwegh stammt die Inschrift auf dem Leichenstein Lassalles: „Hier ruht, was sterblich war von Ferdinand

*) Mit diesen ironischen Worten ist Lassalles Schwager Friedland gemeint, der stets ein heftiger Gegner von Lassalles Anschauungen geblieben ist.

Lassalle, dem Denker und Kämpfer“. Hierbei irrt sich Genosse Friedländer, denn die Inschrift stammt von dem Altertumsforscher und Philologen August Böckh.

Beim Ableben Lassalles zählte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in ganz Deutschland 4610 Mitglieder; in Breslau war nicht ein Mitglied zu verzeichnen. Der Unstern, der über Lassalles letzten Tagen gewaltet hatte, stand auch über seinem Testament. Die namhaften Renten, die Lassalle einzelnen Freunden vermachte, waren wohl dazu bestimmt, diese Männer unabhängig zu stellen und ihnen die Förderung der Agitation zu ermöglichen, aber sie erreichten diesen Zweck nicht. Bucher wurde ein Beamter Bismarcks, der Kandidat Alexei ein pietistischer Reaktionsär, und Rüstow hat nichts für die Propaganda getan, wenn er auch ein ehrlicher Demokrat blieb. Damit allein war noch nicht viel verloren. Verhängnisvoller erwiesen sich die Bestimmungen des Testaments, die sich unmittelbar auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bezogen. Lassalle empfahl dem Vereine, den Frankfurter Bevollmächtigten, Bernhard Becker, zu seinem Nachfolger zu wählen, und diesem hand er auf die Seele, an der Organisation festzuhalten, die den Verein zum Siege führen werde, Verfügungen, die, statt alte Verwirrung zu schlichten, nur neue Verwirrung angerichtet haben. Ähnlich stand es mit dem Paragraphen des Testaments, der dem Vereinssekretär Willems — neben einer persönlichen Jahresrente von 150 Talern „zum Lohne für seine Brauheit“ — auf die Dauer von 5 Jahren jährlich 500 Taler vermachte, damit er sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein gewissenhaft verwende. Zu diesem Legat nahm die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Stellung, die 1865 in Braunschweig tagte, sie beschloß das folgende, mit der Unterschrift sämtlicher Delegierten versehenes Aktenstück:

„Auf Veranlassung einer Anfrage der Frau Witwe Lassalle in Breslau bezeichnet die heute tagende diesjährige Generalversammlung des A. D. A.-V., bestehend aus den unterzeichneten Delegierten, an Stelle des aus dem Verein geschiedenen Vereinssekretärs Eduard Willems, früher wohnhaft in Berlin, jetzt in Solingen, den seitherigen Vereinskassierer Herrn Gustav Lewy in Düsseldorf als diejenige Person, an welche die Befugnis der Verwendung desjenigen Legats von jährlich 500 Talern (auf 5 Jahre), welche Herr Ferdinand Lassalle testamentarisch zur Agitation im Interesse des A. D. A.-V. bestimmt hat, gebunden sein soll.“

Dieselbe Generalversammlung nahm auch ein Legat der Mutter Lassalles an und sprach der Spenderin „den Dank für ihre hochherzigen Zuwendungen aus“.

Gleichzeitig erwähnen wir noch die „Ferdinand Lassallesche Stiftung“ zu Breslau, die die Mutter Lassalles zum Andenken an ihren Sohn errichtet hat. Das Stiftungskapital beträgt 30 000 Mark, denen die Zinsen zugeschrieben werden. Der § 6 und

die folgenden der Grundverfassung jagen: „Von den eingehenden Zinsen des Stiftungsvermögens hat das Kuratorium vorweg eine möglichst niedrig zu bemessende Summe zur Deckung der Verwaltungskosten zu reservieren. Der gesamte übrige Zinsbetrag wird nach Maßgabe der folgenden Paragraphen zur Unterstützung von Arbeitern und Handwerkern ohne Unterschied des Glaubens verwendet. Drei Fünftel der Zinsen werden an arme, unbescholtene Arbeiter oder Handwerker, welche sich nachweislich eine selbständige Existenz begründen wollen oder durch zeitweise mißliche Verhältnisse in ihrer Existenz bedroht sind, sowie an Assoziationen von Arbeitern und kleinen Handwerkern als Vorschüsse gegen niedrige Zinsen auf bestimmte Zeit ausgeliehen. Das Kuratorium bestimmt die Höhe der Vorschüsse und der Zinsen, sowie die Termine für die Rückzahlung, welche auch in Raten erfolgen darf, und die Rückzahlungsmodalitäten nach freiem Ermessen. Nur in Ausnahmefällen soll das Kuratorium die Rückzahlung ganz oder teilweise zu erlassen befugt sein. Die zurückgezahlten Vorschüsse und die eingehenden Zinsen werden dem Stiftungskapitale zugeschlagen. Die übrigen zwei Fünftel der Zinsen sind zu fortlaufenden Pensionen an Arbeiter oder kleine Handwerker, welche entweder infolge ihres Alters oder wegen eines körperlichen Gebrechens arbeitsunfähig geworden und infolgedessen in Not sind, zu verwenden. Diese Pensionen sollen den mit denselben bedachten Personen in der Regel bis an ihr Lebensende verbleiben und nur ausnahmsweise alsdann wegfallen, wenn die Voraussetzung der Verleihung fortfällt, oder wenn sich der Pensionär durch unsittliche Führung dieser Wohlthat unwürdig zeigt. Es sollen stets mindestens zwei Personen im Gemusse dieser Pensionen sein. Nach diesen Bestimmungen haben die Kuratoren über die Höhe der Pensionen, deren Verleihung und Entziehung nach freiem Ermessen zu bestimmen. Sobald das Stiftungskapital die Höhe von 45 000 Mark erreicht hat, ist die Summe von 9000 Mark zur Begründung eines Arbeiter-Invalidenhauses zu verwenden. So oft ferner nach diesem Zeitpunkt die nach § 7 Abs. 4 zum Kapital geschlagenen Vorschüsse und Zinsen die Höhe von 3000 Mark erreicht haben, ist diese Summe von 3000 Mark zur Vermehrung der Stellen dieses Invalidenhauses oder zur räumlichen Erweiterung desselben zu verwenden. Das Invalidenhaus erhält den Namen:

„Ferdinand Lassallesches Arbeiter-Invalidenhaus.“

In dasselbe sollen invalid gewordene Arbeiter in so großer Anzahl aufgenommen werden, als aus den zwei Fünfteln des Stiftungsvermögens unterhalten werden können. Diese Zinsbeträge sind dann auch von der Errichtung des Invalidenhauses an für den Unterhalt desselben und die in demselben unter-

gebrachten Pensionäre zu verwenden, so daß von diesem Zeitpunkt ab die Pensionen an andere nicht in dem Invalidenhause untergebrachte Arbeiter fortfallen.“ Das Kuratorium dieser Stiftung bildete Personen, die von der Stadt Breslau und der hiesigen jüdischen Gemeinde gewählt sind.

Auch nach Lassalles Tode blieb der Fortschrittsverein der ausschlaggebende Faktor in der Breslauer Arbeiterbewegung. Allerdings gab es unter den Arbeitern eine Reihe von Männern, die der Meinung waren, die Arbeiterschaft müsse eine eigene politische Organisation für sich haben, die jedoch mit dem Fortschrittsverein Hand in Hand zu arbeiten hätte. Diese Männer hatten sich in einem Komitee der Fabrikarbeiter und angeschlossenen Berufe zusammengesunden, und in diesem Kreise hatte man schon im März des Jahres 1866 den Beschluß gefaßt, einen besonderen Arbeiterverein zu gründen. Als Zweck dieses Vereins bezeichnete man vorerst die „Förderung der geistigen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes“, und der Verein sollte, wie bereits gesagt, neben dem Fortschrittsverein einherlaufen. Die kriegerischen Ereignisse des Jahres verhinderten die sofortige Verwirklichung jenes Planes. Erst die hochpolitischen Folgen, die sich an die Gründung des Norddeutschen Bundes knüpften, brachten die Sache wieder in Fluß.

Die Anfänge der sozialdemokratischen Bewegung im übrigen Schlesien.

Als Lassalle bestrebt war, in Deutschland seine geschichtliche Mission zu erfüllen, konnte von Breslau aus noch keine Agitation für die sozialdemokratische Sache in Schlesien entfaltet werden. Waren doch die Breslauer Arbeiter selbst noch Gegner der Lassalleschen Ideen und des allgemeinen Wahlrechts. 1863 erhielt Wahlteich, der in Lassalles Auftrag an einen ehrsamem Färbermeister zu Neumarkt (Schlesien) geschrieben hatte, von diesem die folgende Antwort:

„Ich bin mit Ihrer Grundanschauung vollständig einverstanden, kann mir aber nicht denken, wie Sie mit unsern gegenwärtig noch so unkultivierten Arbeitern, deren einzelne Glieder nur in seltenen Ausnahmen den kleinsten Grad einer Belehrung genießen und Schulzes (gemeint ist Schulze-Delitzsch) und Ihren (Lassalles) werten Namen faum kennen, Ihrem Projekt Bahn brechen oder es gar realisieren wollen.“

Im Frühjahr 1864 erschien eine Deputation von drei schlesischen Webern in Berlin, um die Hilfe des Königs gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter anzurufen. Die chronische Not der schlesischen Weber war damals durch die Baumwollenkrisis in eine akute Katastrophe umgeschlagen. Bereits im August 1862 hatten die Fabrikanten des Kreises Reichenbach den Landrat

Olearius auf die „bedenkliche Situation“ aufmerksam gemacht und für den Winter um Vorkehrungen gegen die unter den Webern herrschende Not ersucht. Olearius hatte ihnen geantwortet, daß sämtliche Fabrikanten gewiß selbst alles aufbieten würden, um aus eigenen Mitteln dem drohenden Nothstande zu begegnen; ihre Lage habe sich im allgemeinen gebessert, während die Lage der Arbeiter in derselben traurigen Beschaffenheit



Julius Vahlteich.

geblieben sei. Als die Fabrikanten dann die Einrichtung eines Arbeitshauses für die beschäftigungslosen Weber beantragten, hatte Olearius sie höhnisch beschieden, dieser Vorschlag werde seinen Urhebern „nicht mit Unrecht“ den Haß der Arbeiterbevölkerung zuziehen. Ein Arbeitshaus solle eine ohne Verschuldung in Not geratene zahlreiche Bevölkerung, die kaum je in der Lage gewesen sei, sich einen Notpfennig zu erübrigen, und durch deren Tätigkeit andere reich geworden seien, vor Hunger schützen? Der Kreis Reichenbach, in dem die großen Weberdörfer

Langenbielau und Peterswaldau liegen, war ein heißer Boden, und unter den dortigen Fabrikanten befand sich ein Führer der Fortschrittspartei, **Leonor Reichenheim**, der in Wüstegiersdorf eine große Spinnerei und Weberei besaß. Er war ein kapitalistischer Fabrikant des gewöhnlichen Schlages, er verhöhnte die von ihm ausgebeuteten Arbeiter nicht in der Art der Gebrüder **Zwanziger**, aber er tröstete sie mit Schulzes Sparrezepten, was die Weber als bitteren Hohn auffaßten. Sie antworteten wahr genug: Wovon sollen wir sparen, sollen wir unseren Magen in den Rauchfang hängen?

Aus Wüstegiersdorf kam nun im Frühjahr 1864 der Weber **Florian Paul** mit zwei Genossen nach Berlin, um ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederzulegen; sie waren beauftragt von 300 Webern, die zumeist von Reichenheim beschäftigt waren. Wahrscheinlich ist den Webern dieser Schritt von feudaler Seite eingegeben worden; es ist nicht abzusehen, woher sie sonst ihr Vertrauen zum Königtum geschöpft haben sollten. Es dauerte vier Wochen, bis Bismarck seinen Willen durchsetzte und der Weberdeputation eine Audienz beim Könige verschaffte.

In der Zwischenzeit sahen sich die Weber in Berliner Arbeiterkreisen um und gerieten an den damals viel genannten Journalisten **Karl Preuße**, der ihnen den Rat gab, sie möchten sich nur an **Lassalle**, **Schulze-Delitzsch** und **Wagner** wenden, die eigentlichen Schriftgelehrten der Arbeiterfrage, und als die Weber meinten, an Schulzes Rezepten hätten sie vorläufig genug, empfahl er ihnen statt des Sparapostels den Schriftsetzer **Dittmann**, den Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins. Die Weber fanden an Lassalle weit größeren Geschmack, als an **Dittmann** und **Wagner**, und suchten diesen auf.

Der Behauptung, daß **Florian Paul**, der Führer der Delegation, bereits ehe er nach Berlin kam, dem Allgemeinen Arbeiterverein nahegestanden habe, widersprach dieser in einer Erklärung vom 26. Mai 1864, die am 4. Juni im „Nordstern“ erschien. Er versichert hier, daß er und seine Kameraden in ihrer Heimat von den Grundsätzen und Schriften Lassalles noch nichts gehört hätten. Ausschließlich der Wunsch, ihre Lage zu bessern, führte sie nach Berlin; politischer „Parteigeist“ leitete sie dabei ebensowenig wie den preußischen König, als dieser sich geneigt fand, sie zu empfangen.

Karl Preuße war der politische Handlanger **Hermann Wagners**, der aber auch bei Lassalle aus- und einging. Dies wurde unter anderem von **Wilhelm Liebknecht** bezeugt. Preuße hielt Lassalle über Vorgänge im Regierungslager auf dem laufenden. In seiner Biographie Lassalles rühmt **Hermann Dnken** mit Recht den klugen und maßvollen Ton der Petition,

die die Weber am 13. April an den König richteten. Er zieht daraus die Folgerung, „daß Lassalle weitgehend an ihr mitgewirkt habe“. Diese Hypothese gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man erwägt, daß Teilnehmer an der Delegation im folgenden Jahre im schweizerischen „Sozialdemokrat“ berichteten: „Die Petition im Grundriß entwarf Paul, und in Berlin fanden sich Gelehrte, die seine Abfassung stilisierten.“

Wie gut Preuße, vielleicht gegen Honorar, Lassalle in die Hände zu arbeiten verstand, zeigt seine Artitelfolge „Die schlesischen Weber“, die er unmittelbar nach dem Empfang der Delegation beim König und bei Bismarck in dem Berliner „Neuen Allgemeinen Volksblatt“ veröffentlichte, und danach als Broschüre herausgab. Ohne es die Masse der konservativen Kreise, die das Blatt lasen, merken zu lassen, legte er es hier förmlich darauf an, für die Argumente wie für die Person des Arbeiteragitators zu werben, während er gleichzeitig seines Meisters Hermann Wagener sozialpolitische Ideen verfocht. Er brachte es auch fertig, obgleich man ihn als konservativen Journalisten kannte, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Mitglied anzugehören. Die fortschrittlichen Arbeitgeber, führt Preuße hier aus, hielten die Weberdelegation für eine Machination Lassalles, die praktisch für die Staatshilfe Bresche legen sollte. Er aber frage, weshalb es eigentlich bedenklich wäre, an Produktionsgenossenschaften der Arbeiter, wie Lassalle vorschläge, Staatskredit zu gewähren?: „Die Arbeiter müssen sich überzeugen, daß auch der Staat in seiner gegenwärtigen Form ihnen, soweit dies überhaupt möglich, zu helfen bereit ist, sie müssen davon entwöhnt werden, auf Revolutionen ihre Hoffnungen zu bauen.“ Ein solches Argument ging konservativen Ohren um so lieblicher ein, wenn man, was Preuße nicht unterließ, den Gutsbesitzern klar machte, daß die ländlichen Tagelöhner sich niemals unterstehen würden, in corpore mit ihren Beschwerden vor den Thron zu ziehen.

Aber auch den Webern gefielen solche Worte: Der Staat hätte „im Jahre des Unheils 1848“ die Reichenheimische Fabrik „dem eingewanderten jüdischen Fabrikanten“ käuflich überlassen. Er sollte sie ihm jetzt wieder abkaufen und ihnen übergeben. Diese Erwägung allein hätte hingereicht, den moralisch keineswegs einwandfreien Führer der Delegation zu überzeugen, daß „das Wort Selbsthilfe ein Hirngespinnst und eine Beleidigung für die Arbeiter“ sei. „Nur der Staat kann uns helfen“, erklärte Paul in der Berliner Mitgliederversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, unmittelbar nachdem Bismarck ihm große Versprechungen gemacht hatte, die ihm auch persönlichen Nutzen verhießen. Der „Nordstern“ vom 21. Mai gab diese Äußerung wieder, fügte aber, leise zurechtweisend, hinzu: „Der Staat, welcher die soziale Frage lösen kann, ist nicht der Staat, wie er jetzt gestaltet.“

Wilhelm Liebknecht behauptet, Lassalles nächste Umgebung habe den Empfang der Weberdelegation durch den König und den Ministerpräsidenten als „den Beginn einer neuen Aera“ gefeiert und fortan Bismarck und die Revolution in einem Atem hoch leben lassen. Die Gräfin Haxfeldt, bei der Florian Paul und seine Gefährten vorsprachen, nachdem Bismarck sie empfangen hatte, berichtete Lassalle, der schon nach Leipzig abgereist war, sofort über das wichtige „Ereignis“. Wie dieser selbst darüber dachte, verrät uns jetzt seine Antwort an die Freundin: „Er ist der Mann noch nicht, mit dem Teufel Kirichen zu essen“, so urteilte er hier über seinen stärkeren Gegenspieler. „Er wirtschaftet jetzt willentlich oder nicht, als mein Bevollmächtigter für Schlesien. Je mehr er in diesem Ramin herumpurrt, desto mehr zieht er mir die Bewegung groß.“ Man weiß, daß Lassalles Ronsdorfer Rede jene übertriebene Auffassung von der Bedeutung des königlichen Versprechens aufrechterhielt und förderte. Er hatte die Weberdelegation dann noch selbst gesprochen, und diese war mit dem Eindruck abgereist, daß sie in ihm und — Hermann Wagener Politiker gefunden habe, „die eine Hochachtung gegen König und Staat hätten, wie sie Männern ziemt und wie sie bei den Fortschrittlern nicht bemerkt“ hätten.

Nachdem diese Deputation am 9. Mai 1864 eine Audienz bei Bismarck gehabt hatte, teilte ihr Führer Paul dem Vereinssekretär Bahlteich mit, daß der Staat (d. h. die preußische Regierung) die gemahregelten Weber in Schutz nehmen und ihnen die Mittel zur Selbstfabrikation beschaffen wollte. Die Höhe der bewilligten Summe wird verschieden angegeben, im Mindestbetrage zu 6000 und im Höchstbetrage zu 12 000 Talern. Paul produzierte darauf in Reichenbach mit zwei anderen Webern unter der Oberaufsicht des Landrats.

Wie sich diese Produktion auswirkte, ersehen wir aus einer Polemik Bebel's mit Bismarck in der Reichstagsitzung vom 16. September 1878. Also vierzehn Jahre später. Dort führte Bebel aus:

„Bekanntlich wurde die bekannte Weberdeputation im Jahre 1864 vom König empfangen, an deren Spitze ein Arbeiter, der noch heute hier lebende Arbeiter Paul, stand. Dieser wurde von Seiner Majestät dem König in der Audienz wörtlich mit den Worten entlassen: „Ich sehe, es ist in vieler Beziehung weit trauriger mit der Lage der Arbeiter beschaffen, als mir jetzt mitgeteilt wurde, aber seien Sie versichert, sobald wir in unseren äußeren Verhältnissen Ruhe haben, dann soll die Arbeiterfrage in gesetlicher Weise gelöst werden. Als darauf der erwähnte Arbeiter Paul aus dem Audienzzimmer heraustrat, empfing ihn Fürst Bismarck mit den Worten: Paul! aber bis zum nächsten Sonntag wird es nicht besser, worauf dieser erwiderte: Excellenz, ich weiß, daß die Sache nicht so rasch geht. Er wurde weiter vom Fürsten Bismarck befragt, was sie, die dreizehn Arbeiter, die von den liberalen Fabrikanten wegen ihres Schrittes bei dem König gemahregelt worden seien, jetzt betreiben wollten, ob es nicht möglich sei, ihnen irgendwie zu helfen, vielleicht durch eine Assoziation. Paul antwortete, daß er darüber noch

nicht nachgedacht. Auf eine weitere Frage des Fürsten, wie viel Mittel wohl für eine Assoziation notwendig seien, zögerte er anfangs mit der Antwort, meinte aber dann, daß vielleicht 4—6000 Taler dazu reichen. Darauf erklärte Fürst Bismarck wörtlich: „Das ist ja eine wahre Lumperei, die sollen beschafft werden, im übrigen könnten Sie mein Berichtstatter sein, Sie könnten in Schlestien auf Staatskosten umherreisen und mir über die Arbeiterverhältnisse und die sozialen Zustände Bericht einschicken, da meine Geheimräte doch davon nichts verstehen.“

Meine Herren! Sie werden vor einigen Tagen einen Brief von Dr. Rudolf Meyer in der „Germania“ gelesen haben, der in ganz ähnlicher Weise sich ausspricht und zwar über eine viel neuere Zeit. Ich will weiter hinzufügen, daß die Produktiogenossenschaft auch dann, wie Sie meist wissen werden, gegründet worden ist, ich will hier auf die Geschäfte jener Produktiogenossenschaft nicht näher eingehen, ich fühle mich nur gegenüber den dabei beteiligten Arbeitern verpflichtet, zu konstatieren, daß, wenn dieselbe zu Grunde ging, sie nicht durch die Arbeiter zu Grunde ging, sondern hauptsächlich durch den die Produktiogenossenschaft überwachenden Landrat, der nach eigener Versicherung Pauls das schlechteste Rohmaterial kaufte und dabei die teuersten Preise für die Waren ansetzte, so daß mehrere Minister diese schlechten Schundwaren zu teuren Preisen gefandt bekamen, wodurch die Genossenschaft in Mißkredit kam. Auch behauptet Paul, daß die Genossenschaft nicht all das Geld erhalten habe, das angeblich regierungsseitig darauf angewendet wurde.“

Einige Tage später, am 17. September, antwortete Bismarck Bebel in dieser Sache. Er beiträgt, eine Summe von 6000 bis 7000 Talern als „Lumperei“ bezeichnet zu haben. Zur Produktiogenossenschaft selbst führte er aus:

„An der Spitze der Versuche stand ein achtbarer Mann, der Landrat **Dearius**, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment in kleinem Stil nicht beurteilen. In ganz großem Stil würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen, solche Etablissements, wie zum Beispiel Krupp, unter einer anderen als monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht denkbar. Ich habe, soweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizierende Teil der Einrichtung und der Beschäftigung keine Schwierigkeiten bot, es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwertung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Seine Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen und daß man daran einen gewissen Anklang macht, als wenn es eine Schlichtigkeit von mir gewesen wäre, daß ich als Minister das angeraten hätte. Der Fehler könnte umgekehrt nur in der Lässigkeit gefunden werden, daß ich die Versuche nicht fortgesetzt hätte. Nur auf die Heiterkeit der Zuhörer ist es wohl berechnet, daß mehrere Minister „diese schlechte Schundware zu den teuren Preisen haben nehmen müssen.“ Hier sitzen auch mehrere Minister, und die Tradition von solchen Wunderlichkeiten würde sich doch in den Büros fortgesetzt haben, man würde wissen, wo der Schund geblieben ist und das sind doch Dinge, die in einer ernstern Versammlung, wie dieser, nicht behauptet werden sollten.“

Bebel erwiderte, daß sein Parteifreund **J. Uner** die authentischen Mitteilungen direkt von **Paul** erhalten habe, der verpflichtet worden war, sich strengstens an die Wahrheit zu halten.

Florian Paul wurde Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Wüstegiersdorf, und der Kreis Reichenbach gehörte bald zu den stärksten Stützen dieses Vereins. Er suchte in Schlesien die Leitung der Agitation, für die er sich als herumreisender Agitator entschädigen ließ, in seiner Hand zu behalten, was Lassalle nicht zugeben wollte. Kurz vor seinem Tode, am 22. Juni 1864, schrieb noch Lassalle an seinen Sekretär Willms: „Die Nachricht über Wüstewaltersdorf hat mich gefreut. Aber wer ist denn der dortige Bevollmächtigte? Mir gleich zu melden. Wir können nämlich durchaus nicht für Schlesien überall die Fäden in Pauls Händen lassen, was sehr unvorsichtig wäre. Sondern er soll sie nur überall anknüpfen, aber überall Bevollmächtigte uns vorschlagen, die dann direkt mit uns in Verbindung treten.“ Am 21. Juli aber schrieb Lassalle: „Besteht in Schlesien erst die eine Gemeinde Wüstewaltersdorf? Und wie kommt das? Was schreibt Paul? Tut er nichts und warum? Treiben!“

Anfang August 1864 suchte Paul in Langenbielau eine Gemeinde zu gründen. Da er jedoch derselben nicht die Statuten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zugrunde legte, sondern ganz andere Statuten wählte, so trat vorderhand Langenbielau, dieses große Weberdorf, noch nicht dem Vereine bei. Als Lassalle starb, bestanden in Schlesien drei Gemeinden des Vereins: Stollbergdorf mit 80, Wüstewaltersdorf mit 128 und Wüstegiersdorf mit ? Mitgliedern. In Wüstewaltersdorf war Heinrich Schnabel, ein frommer, protestantischer Webermeister und Kramhändler, zum Bevollmächtigten ernannt worden. Unterm 2. August 1864 hatte Schnabel der Hauptkasse nach Düsseldorf sechs Taler an Mitgliederbeiträgen eingesandt. Als nach Lassalles Tode Spaltungen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eintraten, machten die Mitglieder in Wüstewaltersdorf Mize, sich als selbständiger Verein aufzuwerfen. In einer Verfügung vom 2. November 1864 konnte jedoch Otto Dammmer mitteilen, daß die schlesischen Gemeinden in Wüstewaltersdorf, Peterswaldau und Langenbielau sich für Bernhard Becker als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ausgesprochen hatten.

Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die am 30. November und 1. Dezember 1865 in Braunschweig tagte, vertrat Paul die schlesischen Orte Mittelsteine mit 12, Dreißighuben mit 50, Ernsdorf mit 64, Peterswaldau mit 200, Stollbergdorf mit 90, Steinfeifersdorf mit 150, Wüstegiersdorf mit 350, Beutengrund mit 62, Dittmannsdorf mit 9 und Langenbielau mit ? Mitgliedern. Wüstewaltersdorf mit 150 Mitgliedern wurde durch Elner aus Frankfurt a. M. vertreten. Da die schlesischen Weber nur schwer die Beiträge erschwingen konnten, wurde ihnen der Vereinsbeitrag auf die Hälfte herabgesetzt. In den aus 23 Personen bestehenden Vorstand des

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurden H. Schnabel und Florian Paul*) gewählt. Als Perls das Präsidium übernommen hatte, gingen zuerst die schlesischen Mitglieder mit großen Versammlungen vor, die während der ersten Juliwache 1866 in Ernsdorf, Dreißighuben, Langenbielau, Peterswaldau, Steinseifersdorf, Stollbergsdorf und Wüstegiersdorf stattfanden und mit einem schlesischen Arbeitertage in Wüstewaltersdorf schlossen.

So hatte sich die sozialdemokratische Bewegung Schlesiens entwickelt, bevor man in Breslau zur Gründung einer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schritt.

Die Gründung eines Arbeitervereins.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes hatte das allgemeine freie, geheime und direkte Wahlrecht für sein Parlament, den Reichstag, gebracht. Damit war dem politischen Interesse auch in weiteren Kreisen ein neuer Nährboden gegeben worden. Und so ging man denn in Breslau auch daran, den Plan der Gründung eines besonderen Arbeitervereins in die Wirklichkeit umzusetzen. Am 23. Februar 1867 fand die Gründungsversammlung statt. Ihre Leitung lag in den Händen des Maschinenbauers Julius Scheil**) und des Literaten Guido Weiß***). In seiner Ansprache erläuterte Scheil den Zweck des zu gründenden Vereins dahin, daß er die geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterchaft fördern und daher vor allem zur Gründung von Arbeiter-Assoziationen Anregung geben wolle. Hierbei kam zum ersten Male eine gewisse Gegnerschaft gegen die bisher unbestrittene Herrschaft der Fortschrittspartei zu einem, wenn auch nur leisen Ausdruck. Scheil betonte nämlich in seinen Ausführungen, daß sich der zu gründende Verein von keiner politischen Partei ins Schlepptau nehmen lassen wolle, weder durch die Anhänger von Schulze-Dehnsch, noch durch die Lassalleaner. Dahin aber müßten die Arbeiter von Breslau, wie die allerorten, unbedingt streben, daß sie Männer aus ihrer eigenen Mitte in die Parlamente senden, um vor allem das Koalitionsrecht zu erwerben.

*) Florian Paul war einer der ersten, die später unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen wurden. Er ging nach Amerika, wo er am 18. März 1914 in New York im Alter von 81 Jahren starb.

**) Julius Scheil war der Leiter der Breslauer Bewegung am Ende der 60er Jahre. Anfang der 70er Jahre wurde er Agitator der Eisenacher Richtung und verließ Breslau; später kam er wieder hierher zurück. Er starb im Jahre 1883.

***) Guido Weiß, alter Kaczek, Herausgeber der Zeitschriften „Wage“ und „Zukunft“, später Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“. Lehrer Wehrings.

Den in diesem Programm zum Ausdruck kommenden zwiespältigen Standpunkt suchte der als Gast anwesende Redakteur Reusche*) zur Klarheit sozialistischer Ideen zu erheben.

Er führte aus, der Verein werde bei seiner Tätigkeit von dem Fundamentalsatz ausgehen müssen, daß politische und soziale Fragen voneinander unlöslich seien, da alle politischen Gestaltungen sich auf dem Boden des gesellschaftlichen Lebens bilden. Das Streben der Arbeiterschaft müsse vom ehernen Lohngesetz ausgehen und dabei im Auge behalten, daß die gegenwärtige Produktionsmethode nicht von ewigem Bestande sei. Sache der Arbeiter werde es nur sein, Mittel und Wege zu finden, die sie frei machende Produktionsmethode zu schaffen. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß die nur auf der Selbsthilfe beruhenden Affoziationen im Schulzeschen Sinne nur einzelnen Personen, niemals aber einer ganzen Klasse, zugute kommen können.

Den meisten der in jener Gründungsversammlung Anwesenden waren die von Reusche vorgetragenen Ideen noch völlig fremd, teilweise fanden sie aber auch direkte und bewußte Gegnerschaft. Nach längerer Diskussion wurde schließlich ein provisorischer Vorstand gebildet, der schon durch seine Zusammensetzung den oben hervorgehobenen zwiespältigen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Vorsitzender wurde der bereits erwähnte Scheil; neben anderen Arbeitern gehörten diesem Vorstande auch Vertreter bürgerlicher Kreise an, unter ihnen ebenfalls der Literat Weiß und unser späterer Parteigenosse Kaufmann Louis Cohn.***) Die Zahl derjenigen, die sich sofort in die Mitgliederliste aufnehmen ließen, belief sich auf 60 Personen. Nach den in einer späteren Versammlung genehmigten Statuten konnte in den Verein ein jeder aufgenommen werden, der sich zu seinen Satzungen und den vorhin behandelten Grundsätzen bekannte. Das Einschreibegeld betrug 2½ Silbergroschen, an Beitrag wurden monatlich 2 Silbergroschen erhoben; außerdem gab es noch Gastmitglieder, die einen Silbergroschen zu zahlen hatten. Als Wahlspruch erfor sich der Verein das alte Sprichwort: Prüfe alles und das Beste behalte.

*) Vermutlich handelt es sich hier um den früheren Redakteur des „Mainzer Tageblattes“, Löh Friedr. Reuschel, alias Reusche, der aus Schlesien stammte und 1863 den Abfall der Mainzer Gemeinde von Lassalle herbeigeführt hatte. Reusche war später ein Vertrauter der Gräfin Sophie von Haxfeldt und suchte Zwiespalt unter den Lassalleanern zu säen.

***) Louis Cohn war ein alter Achtundvierziger, der an den blutigen Straßenkämpfen in Breslau am 7. Mai 1849 beteiligt war. Er gehörte damals einem geheimen Hilfskomitee an, welches durch Gewährung von Mitteln den von der Polizei Verfolgten zur Flucht verhalf. Stets wirkte er für die Freiheit. Als 65 jähriger wurde er wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1890 trat er zur Sozialdemokratie über, für die er bis zum Lebensende unermüßlich tätig blieb. Am 11. Juni 1911 starb er im Alter von nahezu 90 Jahren.

Im Laufe der nächsten Monate entfaltete der Verein, dessen definitivem Vorstande auch schon der Sattler Julius Kräcker*), der spätere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, angehörte und der bereits im März über 150 Mitglieder zählte, ein recht reges Leben, aber immer ohne ein klar vorgezeichnetes Programm, ja sogar teilweise in einem sozialistenfeindlichen Sinne. Wenn in einer Mitgliederversammlung der Literat Weiß die soziale Frage noch im Sinne einer Vereinigung



Louis Cohn.

Schulzeshcher und Lassallescher Ideen behandelt hatte, so brachte derselbe Weiß bald darauf eine sehr scharfe Resolution gegen Herrn von Schweizer, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, und seine Bestrebungen ein. In einer der nächsten Sitzungen wurde auf Veranlassung unseres späteren Parteigenossen Cohn eine Resolution angenommen, durch die der

*) Julius Kräcker, geboren am 26. Juni 1839 in Breslau, der spätere Abgeordnete von Breslau-West; er starb am 2. Oktober 1888.

Arbeiterverein dem bisherigen fortschrittlichen Landtagsabgeordneten von Kirchmann ein Vertrauensvotum erteilte. Bezeichnend dafür, womit der Verein zu einem guten Teil seine Kräfte verzettelte, ist eine langwierige Diskussion, die sich über die Frage entspann, ob die Erziehung des Kaisers Max von Mexiko durch die Republikaner rechtlich und moralisch zulässig gewesen sei. Es stellte sich dabei heraus, daß unter den Mitgliedern die Meinung über das Recht der Revolution eine sehr geteilte war. Interessant im Hinblick auf die gegenwärtige Kolonialpolitik war auch eine Kolonialdebatte des Arbeitervereins. Von einem Wikholde war nämlich als Hilfsmittel für die Lösung der sozialen Frage die Eroberung und Kolonisation von Marokko empfohlen worden. Unter allgemeiner Zustimmung wurde darauf von anderer Seite entgegnet, daß die Lösung der Frage in Deutschland selbst gesucht werden müsse.

Inzwischen waren die Wahlen zum ersten Norddeutschen Reichstage nahegerückt, und aus diesem Anlaß entspannen sich im Fortschrittsverein überhaupt und zwischen den bürgerlichen und den Arbeiterelementen im besonderen Konflikte, die als die Geburtswehen der Breslauer sozialdemokratischen Bewegung angesehen werden können. Wie überall in jenen Tagen machte sich auch in den fortschrittlichen Kreisen der schlesischen Hauptstadt eine starke Bewegung nach rechts geltend, die schließlich zur Abspaltung der nationalliberalen Partei führte. Diese Schwenkung, bei der charakteristischerweise die leitenden Redakteure der beiden hiesigen freisinnigen Blätter, Dr. Stein von der „Breslauer Zeitung“ und Dr. Elsner von der „Breslauer Morgenzeitung“, eine sehr zweideutige Rolle spielten, entsprach in keiner Weise der Gesinnung eines großen Teils der im Fortschrittsverein organisierten Arbeiter. Sie befürchteten, daß jene Rechtschwengung schon bei der Aufstellung der Breslauer Kandidaten für den ersten Reichstag zum Ausdruck kommen könnte und beschlossen daher, was in ihren Kräften stand, zu tun, um solches Vorhaben zu verhindern. Diese Arbeiter beriefen im Juli des Jahres 1867 nach dem „Deutschen Kaiser“ eine von über 80 Personen besuchte Wählerversammlung ein, die von dem Klempner Bräuer mit Unterstützung des Literaten Weiß geleitet wurde. In dieser Versammlung war es vor allem der Tischlermeister Uhr, der mit aller Schärfe dafür eintrat, daß bei kommenden Wahlen die Arbeiter und ihre Interessen mehr als bisher Berücksichtigung finden müßten. Aber auch dieser Mann, der später zu den entschiedensten Drängern nach links gehören sollte, dachte zu diesem Zeitpunkte nicht an eine völlige Emanzipation der Arbeiterbewegung durch Anschluß an die Sozialdemokratie; Uhr erklärte zwar mit aller Bestimmtheit, daß die Breslauer Arbeiter nie die Schwenkung zu den Nationalliberalen mitmachen würden, andererseits aber begnügte er sich damit, zu verlangen, daß man entschieden fortschrittlich bleibe.

Für das fernere Bekenntnis zur entschiedenen Demokratie trat auch der Literat Weiß ein, und Scheil, der Vorsitzende des Arbeitervereins, fand scharfe Worte gegen die bisher beliebte Zurückdrängung der Arbeiter im Fortschrittsverein. Um dieser Benachteiligung einen Damm zu setzen, beantragte er, die Versammlung solle ein Komitee ernennen und dieses mit der Aufstellung eines bestimmten Programms beauftragen, damit in Zukunft die Breslauer Parlamentsvertreter nicht immer wieder ohne jedes Programm proklamiert und gewählt würden. In dieses Programm müßten als die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht und die Beseitigung der indirekten Steuern aufgenommen werden.

Bürgerliche Vertreter des Fortschrittsvereins merkten, daß in den Anträgen Scheils die Anfänge einer völligen Loslösung der Arbeiterschaft von ihrer Partei liege, sie bekämpften daher jene Anträge auf das lebhafteste. Aber ohne Erfolg. Das Arbeiter-Wahlkomitee wurde mit großer Mehrheit ins Leben gerufen. Ihm gehörten auf Beschluß der Versammlung an: die Arbeiter Scheil, Bräuer, Sigusch, Geis, Zellenen, Thilo, Nicolaus, Jander und Scheinert, ferner der Tischlermeister Uhr, der Kaufmann Wulf und der Literat Weiß. Aus diesem Kreise gingen die Gründer der Breslauer Sozialdemokratie hervor.

Wenige Tage später hielt der Wahlverein der Fortschrittspartei im „Hôtel de Silesie“ seine erste Versammlung ab, wobei sich der Vorstand den Vorwurf machen lassen mußte, daß die Arbeiter ihre bürgerlichen Parteigenossen an politischer Regsamkeit weit übertroffen hätten. Die Diskussionen über die Kandidatenaufstellung setzten sich durch drei Versammlungen fort; es kam dabei zu heftigen Zusammenstößen, zunächst zwischen dem demokratisch und dem nationalliberal gesinnten Flügel; in der dritten Sitzung am 22. Juli aber beherrschte die Auseinandersetzung mit dem Arbeiter-Wahlkomitee die Debatte. Dieses brachte den Antrag ein, daß der Vorstand des Wahlvereins wegen der Kandidatenaufstellung mit dem Komitee in Verbindung zu treten habe. Als im Verlaufe der immer hitziger werdenden Diskussion Dr. Stein, der Redakteur der „Breslauer Zeitung“, hochmütig erklärte: „... so tief ist der Wahlverein noch nicht gesunken, um mit einem Arbeiter-Wahlkomitee als gleichberechtigtem Faktor verhandeln zu müssen“, da verließen die anwesenden Arbeiter die Versammlung.

Die Mitglieder des Arbeiter-Wahlkomitees und mit ihnen eine ganze Reihe anderer Angehöriger des Arbeitervereins erklärten daraufhin ihren Austritt aus dem Fortschrittsverein. Immerhin blieb die Trennung auch jetzt noch mehr äußerlich. In bezug auf die Kandidatenfrage ordnete man sich sogar noch einmal den Beschlüssen des Fortschrittsvereins unter. Das Arbeiter-

Wahlkomitee berief nämlich bald darauf eine Wählerversammlung nach dem „Russischen Kaiser“ ein, und hier wurden die vom Wahlverein der Fortschrittler aufgestellten Kandidaten von Kirchmann und Franz Ziegler als diejenigen proklamiert, „für die man agitieren wolle“.

In derselben Versammlung war auch die vorgeschlagene Gründung eines besonderen demokratischen Arbeiter-Wahlvereins abgelehnt worden. Der alte Arbeiterverein aber krankte an der Unentschiedenheit und Planlosigkeit seines Programms, so daß die Zahl seiner Mitglieder von Monat zu Monat abnahm und am Ende des Jahres 1867 nur noch 18 Mann betrug. Unter diesen aber bildeten die entschiedenen Elemente des vielfach erwähnten Arbeiter-Wahlkomitees den Kern. Ihrem Drängen und Mühen gelang es schließlich, auch die innere Scheidung von der Fortschrittspartei herbeizuführen.

Am 2. März 1868 hatte der Arbeiterverein sein erstes Stiftungsfest abgehalten. Bereits 8 Tage später, in einer am 9. März abgehaltenen Mitgliederversammlung, aber zeigte es sich, daß für die noch so junge Organisation eine neue, von der bisherigen gänzlich verschiedene Zeit hereinbrechen sollte. Nachdem in dieser Versammlung beschlossen worden war, eine vom Verein entworfenene und mit 2077 Unterschriften bedeckte Petition um Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer abzuschicken, gab der Vorsitzende Scheil eine vergleichende Uebersicht über die Prinzipien von Schulze-Delitzsch und von Lassalle. Im Anschluß daran entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion. Und schließlich stellte das Vereinsmitglied Bräuer den bedeutsamen Antrag:

„Der Verein wolle erklären: um seinem statutarischen Zwecke, Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage, genügen zu können, ist es notwendig, für ein bestimmtes Prinzip Partei zu ergreifen. Der Verein erkennt die von Ferdinand Lassalle aufgestellten Grundsätze zur Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes für die allein richtige und zweckmäßige an und wird demzufolge seine Agitation einrichten.“

Ueber die Annahme dieser Entschliekung konnte man sich an jenem 9. März noch nicht schlüssig machen, sie sollte vielmehr in der Generalversammlung vom 16. März noch einmal gründlich diskutiert und beraten werden.

An dieser Generalversammlung nahmen nicht nur die ordentlichen Mitglieder, sondern auch viele Gäste aus bürgerlichen Kreisen teil, die sich bemühten, den Anschluß des Arbeitervereins an die Lassalleaner zu vereiteln. Die Debatte wurde von Scheil zunächst mit einem Rückblick auf die Geschichte der Lassalle'schen Agitation eingeleitet, die viel mißverstanden worden sei. Jetzt habe aber sogar Schulze-Delitzsch angesichts des furchtbaren Notstandes in Ostpreußen die Notwendigkeit der Staatshilfe aner-

kannt. Der erste, der sich gegen den Anschluß an die Prinzipien Lassalles wandte, war der spätere Parteigenosse **Louis Cohn**. So viel ihm bekannt, habe der hiesige Arbeiterverein im vorigen Jahre eine Resolution gegen den Führer der Lassalleaner, den **Dr. von Schweitzer**, gefaßt und feierlich erklärt, daß man mit ihm nichts zu tun haben wolle. Heute aber wolle der Verein sich öffentlich zu seinen Grundsätzen bekennen, das sei eine Inkonssequenz, die man sich nicht zu Schulden kommen lassen dürfe. Die Lassalle'sche Theorie habe gewiß manches Annehmbare, aber die Staatshilfe, wie Lassalle sie vorschläge, sei nicht durchzuführen. Gegen diese Ausführungen trat der Antragsteller **Bräuer** auf; wenn übrigens die „Breslauer Morgenzeitung“ den Breslauer Arbeitern wegen des beabsichtigten Anschlusses an die Lassalleaner absolutistische Tendenzen unterstelle, so sei das Torheit; daran denken gerade die Arbeiter am allerwenigsten, aber Disziplin sei nun einmal zur Erreichung bestimmter Ziele notwendig. Von den Arbeitern müsse verlangt werden, daß sie die Erlangung des allgemeinen direkten und gleichen wie geheimen Wahlrechts und die Gewährung von Diäten für alle Parlamente als ihre nächste Aufgabe betrachten; von den gegenwärtigen Abgeordneten, auch von den Fortschrittlern, sei die Erreichung dieses Zieles nicht zu erhoffen. Die Debatte wogte lange hin und her. So sprach der spätere Gewerkvereinsführer **Schubert** gegen, **Julius Kräcker** aber für den Anschluß an die Lassalle'schen Prinzipien und für die Notwendigkeit besonderer Arbeiterabgeordneter. Der Steindrucker **Krause** wies besonders auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Kapital hin und bedauerte, daß die Geburtsstadt Lassalles nicht schon früher für seine Prinzipien eingetreten sei. Das Hin und Her der Diskussion bewog schließlich den Vorsitzenden **Scheil**, den Antrag einzubringen, die Frage des Anschlusses, da sie vielen noch lange nicht genügend geklärt zu sein scheine, noch in mehreren Sitzungen zu diskutieren.

So wurde denn die Debatte in der Sitzung vom 23. März weitergeführt, und zwar im Anschluß an die Verlesung eines Vortrages von **Schulze-Delitzsch**. Auch an diesem Tage kam es noch zu keiner Beschlussfassung.

Der Tag, den die Breslauer Sozialdemokratie vielmehr als ihren Geburtstag anzusehen hat, war der 30. März 1868. An diesem Tage fand abermals eine von 17 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Arbeitervereins statt, und zwar im „Restaurant zur Nova“ auf der Grüne Baumbrücke. Dieser Versammlung waren die Anhänger der Schulze'schen Richtung ferngeblieben. Zunächst kam ein Vortrag von **Ferdinand Lassalle** zur Verlesung. Darauf beantragte das Vereinsmitglied **Nikolaus**, nun endlich einmal die Abstimmung über den Antrag **Bräuer** vorzunehmen. Auch **Scheil** tritt dafür ein, daß die unentschiedene Haltung des Vereins endlich einmal ihr Ende

finden möge; alle Redner, die gegen die Lassalleschen Prinzipien in den früheren Versammlungen gesprochen hätten, seien Nichtarbeiter gewesen. Darauf gab Bräuer noch einmal eine ausführliche Begründung seines Antrages. Jedes Prinzip, das ausführbar sein soll, müsse auf sittlichen Grundlagen beruhen. Das sei bei Schulze-Delitzsch aber nicht der Fall, denn er erziehe die Arbeiter zum Egoismus. Lassalle aber brächte die Bedeutung der Arbeit für das Gemeinwesen zur Anerkennung; wenn dann der Arbeiter dafür, daß er zum allgemeinen Wohle beitrage, auch an diesem Wohle teilnehmen wolle, so sei das nun und nimmer unmoralisch. Der Verein möge sich endlich deutlich aussprechen; eine bestimmte Erklärung sei nötig: männlich und deutsch.

Tischlermeister Uhr führte schließlich noch aus: Wir müssen uns auf eigene Füße stellen und dürfen uns nicht länger von anderen Parteien ins Schlepptau nehmen lassen, auch nicht von der Fortschrittspartei, die sowieso bald gänzlich aus der Zahl der politischen Parteien gestrichen sein wird. Die Partei der Arbeiter hat allein die Zukunft für sich. Darauf erfolgte schließlich die Abstimmung über die Resolution Bräuer, durch die der Breslauer Arbeiterverein seinen Anschluß an die Sozialdemokratische Partei öffentlich erklärte. Sie wurde einstimmig angenommen: Breslau besaß seine erste sozialdemokratische Organisation. Der Versuch des dem Hirsch-Dunderschen Gewerkverein angehörenden Maschinenbauers Schubert, der später in den 70er Jahren als Gewerkvereinsführer mit den Sozialdemokraten in Breslau und Schlesien harte Sträuße auszufechten hatte, in einer späteren Versammlung den Beschluß vom 30. März anzufechten, weil der Gegenstand nicht auf der Tagesordnung jener Sitzung gestanden habe, mißlang.

Aber der Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands sollte nach dem Willen der Breslauer Parteigründer ein vollständiger werden, durch den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Der Breslauer Arbeiterverein als solcher konnte diesen Schritt nicht unternehmen, da das preußische Vereinsgesetz bekanntlich damals die Verbindung politischer Vereine untereinander nicht gestattete. Es blieb daher nichts anderes übrig, als daß die Breslauer Anhänger der Bewegung als Einzelmitglieder dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine beitraten. Damit aber war der alte örtliche Arbeiterverein nicht nur überflüssig, sondern sogar zu einem Hindernis für die Ausbreitung der Bewegung geworden. Der Vorstand beschloß daher, seine Auflösung in die Wege zu leiten.

Zunächst freilich wurde die alte Vereinstätigkeit fortgesetzt. In einer Mitgliederversammlung vom 6. April wurde über die Frage diskutiert, ob die Demokratie, das heißt die der Arbeiter-

schaft gegenüber der norddeutschen Verfassung passiv bleiben oder tätig eingreifen, vor allem sich an den Wahlen beteiligen sollte. Alle Redner entschieden sich für die politische Betätigung. Auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik blieb man nicht untätig. Die an den Magistrat gerichtete Petition wegen Abschaffung der Wahl- und Schlachtsteuer hatte zur Folge, daß der Oberbürgermeister H o b r e c h t die drei Vorstandsmitglieder des Vereins zu einer



F. W. Freytag.

Unterredung einlud. In dieser Besprechung wies der Leiter von Breslau darauf hin, daß bei Aufhebung der Steuer für den Staat und die Stadt je 250 000 Taler jährlicher Einnahmen wegsfallen würden, die durch direkte Steuern gedeckt werden müßten. Die Arbeiter entgegneten ihm darauf, daß sich aus ihren Reihen niemand gegen die Uebernahme der direkten Steuern erklären werde, vorausgesetzt natürlich, daß die Verteilung eine gerechte sei. Der Oberbürgermeister teilte der Deputation darauf mit, daß auch

er ein Gegner der Mahl- und Schlachtsteuer sei; er forderte die Arbeiter auf, ihre Agitation gegen die Steuer ja nicht ruhen zu lassen. Im Anschluß hieran sprach sich das Oberhaupt der Stadt überhaupt mit vieler Anerkennung über die Wirksamkeit des Arbeitervereins aus und stellte ihm sogar ein städtisches Schullokal für seine Versammlungen in Aussicht.

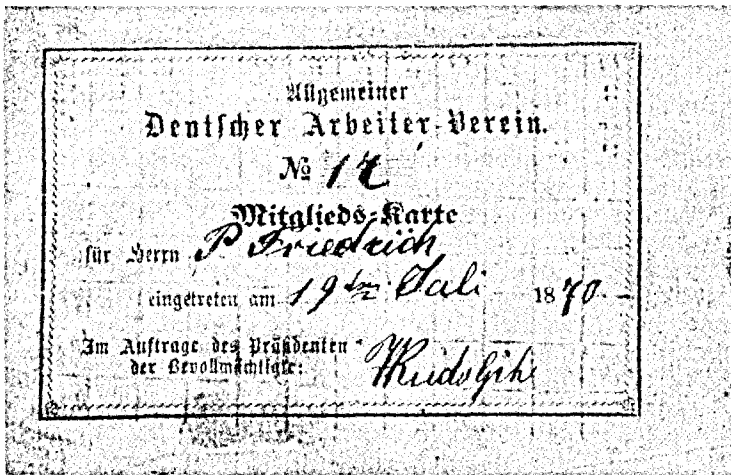
Inzwischen bereitete der Vorstand die Auflösung des Ortsvereins vor. Zunächst stieß er allerdings bei seinem Vorhaben auf Widerstand, und zwar gerade bei einem der eifrigsten Mitglieder, dem Tischlermeister A h r. Zur Vorbereitung des Auflösungsantrages stellte nämlich B r ä u e r in der Sitzung vom 28. April den Antrag, in die Vereinsatzung möge eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach jeder ordnungsmäßig befakzte Beschluß einer Generalversammlung für alle Mitglieder durchaus verbindlich und daß keinerlei Opposition dagegen gestattet sei. Diese eigentlich selbstverständliche Bestimmung wurde aber von A h r bekämpft, weil sie nur zu dem Zwecke eingebracht sei, die Auflösung des Vereins und den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu erleichtern. Er sei aber gegen den Anschluß, da er Schweißer noch immer nicht recht traue und überhaupt unter den Arbeitern noch zuviel Mißtrauen gegen die unter dessen Führung stehende Organisation vorhanden sei.

Trotz dieser Opposition ließ sich aber der Vorstand in seiner Absicht nicht irre machen. Am 4. Mai veranstaltete er im Springerschen Saale eine allgemeine, von etwa 400 Personen besuchte Versammlung. In dieser Versammlung, die von S c h e i l geleitet wurde, entwickelte der Tabakarbeiter F. W. F r i k s c h e - Berlin*) die Prinzipien des Allgemeinen Arbeitervereins und das Programm Ferdinand Lassalles. Als Ergebnis dieser Versammlung, die eine sehr eingehende und lebhaft ausgeführte Aussprache und die Eintragung einer Anzahl von Einzelpersonen in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins brachte, reichte dann der Vorstand in der Sitzung vom 11. Mai einen Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des Vereins ein. Tischlermeister A h r, vor 14 Tagen noch ein Gegner des Antrages, begründete ihn: er habe sich von der Unhaltbarkeit seiner Gegengründe überzeugt, auch habe die allgemeine Versammlung vom 4. Mai gezeigt, daß die Breslauer Arbeiter dem Anschluß durchaus geneigt seien. Einzig der Gewerksvereiner S c h u b e r t sprach gegen die Auflösung. Ohne Erfolg, denn die Abstimmung ergab mit 18 gegen 1 Stimme bei neun fehlenden Mitgliedern die Annahme folgender Entschliebung: „Der Arbeiterverein löst sich am heutigen Tage

*) F r i e d r. W i l h. F r i k s c h e, geboren am 25. März 1825 in Leipzig, Mitglied des Norddeutschen Reichstages seit 24. Juli 1868 für Remscheid. Mitglied des Reichstags 1877—1881 für Berlin IV. Ging später nach Amerika, wo er 1905 verstarb.

auf und übermacht sein Vermögen den Breslauer Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.“ Zur Ausführung des Beschlusses wurde darauf eine Kommission gewählt, der die bisherigen Mitglieder Uhr, Schubert, Kräder und der Schlosser Wilhelm Zapfe*) angehörten.

Am 16. Mai vereinigten sich die inzwischen auf 68 angewachsenen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu einer feierlichen Gründungsversammlung im „Gasthof zur Sonne“ auf der Sonnenstraße. In seinen einleitenden



Mitgliedskarte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Worten feierte Bräuer das Andenken Ferdinand Lassalles, dem zu Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Bräuer schloß mit den Worten: „In diesem feierlichen Augenblicke geloben wir, festzuhalten an den Grundsätzen Lassalles und an dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Möge diese Stunde, möge der 16. Mai nie aus unserem Gedächtnis verschwinden.“ Ein festliches Lied schloß den Weiheakt. Dann wurde zur Konstituierung geschritten. Zum Bevollmächtigten

*) Genosse Zapfe starb am 29. Juni 1914 als ein alter Breslauer Parteimann. Er hat bis zum letzten Atemzuge seiner Parteipflicht genügt.

wurde Bräuer ausersehen, Kassierer wurden die Genossen Koschel bzw. Nikolaus, Zensoren Zapke und Weiner, Kontrolleure Scheil und Seidel, als Schriftführer wurde der Steindrucker Krause bestimmt.*)

Das erste Vereinsleben und die Anfänge der gewerkschaftlichen Bewegung.

Raum hatten in Breslau die Anhänger der Lassalleschen Ideen sich zur Organisation zusammengefunden, so begannen in Preußen die Verfolgungen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, und so trafen sie auch bald dessen Breslauer Mitglieder.

Am 30. Mai 1868 sollte in dem „Goldenen Löwen“ eine Versammlung der Mitglieder des Vereins stattfinden. Sofort nach Eröffnung der Sitzung aber erhob sich der anwesende Polizeikommissar und teilte mit, daß der Verein auf Grund des § 8 der Vereins- und Versammlungsordnung gemäß polizeilicher Anordnung vorläufig geschlossen werde, da er mit anderen politischen Vereinen, nämlich den anderen Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Leipzig, in Verbindung stehe. Dem Beamten wurde auf Verlangen bescheinigt, daß er den Versammelten die Verfügung ordnungsgemäß mitgeteilt habe, und darauf wurde das Lokal ohne jeden Zwischenfall geräumt. Die Folge dieses Verbotes war — die gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit nahm inzwischen ihren Lauf —, daß der Tischlermeister Uhr für den 6. Juni zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung in die „Sonne“ einlud. Es erschienen 40 Personen. Zunächst referierte Uhr über die sozialdemokratischen Bestrebungen, die ein dreifaches Ziel hätten: 1. die Naturrechte des einzelnen hervorzuheben, 2. zu zeigen, daß diese der großen Masse durch einzelne verkümmert werden und 3. die Mittel anzugeben, durch welche

*) Diese Besetzung entsprach einem Dekret Lassalles vom 16. November 1863, wonach in den „Gemeinden“ des Allg. Deutschen Arbeitervereins außer dem Bevollmächtigten und Schriftführer zu wählen sind:

1. ein Kassierer, welcher die Beiträge einzuziehen, zu verwahren und ein Buch über Einnahmen und Ausgaben zu führen hat;
2. einen Vizekassierer, welcher denselben in der Ausübung seiner Funktion zu unterstützen und nötigenfalls zu vertreten hat;
3. und 4. zwei Zensoren, deren Funktion es ist, die mit ihren Beiträgen säumigen Mitglieder zu mahnen und zur Zahlung anzuhalten;
5. ein Kontrolleur und
6. ein Kontroll-Assistent, welche die Buchführung des Kassierers zu prüfen und spätestens alle Vierteljahre in der Lokalversammlung über die Richtigfindung der Buchführung zu berichten und die Einnahme und Lokalausgabe, sowie die an die Vereinskasse zu Düsseldorf abgeführten Beträge der Lokalversammlung bekannt zu machen haben.

die Rechte und Pflichten zu völligem Einklang gebracht werden können. An der Diskussion beteiligten sich Scheil, Bräuer und Uhr im Sinne Lassalles, während Louis Cohn, Schubert, Siegusch und der Optiker Heidrich die Schulze-Dehlig'sche Selbsthilfe vertraten.

Doch der Gedanke, daß die Macht der Bewegung nur in der straffen Organisation begründet ist, hatte auch unter den Breslauer Pionieren der Sozialdemokratie schon zu festen Fuß gefaßt, als daß nicht alsbald wieder das Streben nach einer solchen Organisation aufgetreten wäre. Am 11. Juli fand abermals in der „Sonne“ eine von Uhr, Bräuer und Scheil einberufene Arbeiterversammlung statt, an der diesmal fast nur Mitglieder des aufgelösten Allgemeinen Arbeitervereins teilnahmen. Zunächst wurden die Ergebnisse der verfloffenen Tagung des Norddeutschen Reichstages besprochen, und an ihnen wies Scheil eindringlich nach, wie nötig es für die Arbeiter sei, zusammenzuhalten. Das gab Bräuer Veranlassung, auf die Notwendigkeit einer streng geschlossenen Arbeiterpartei hinzuweisen. Er befürwortete einen Antrag auf Gründung eines Breslauer demokratischen Arbeiter-Wahlvereins. Auch Uhr, der an der Schließung des Allgemeinen Arbeitervereins scharfe Kritik übte und die Gründe des Kammergerichts nicht verstehen konnte, trat für eine solche Gründung ein, die aber Kräder als verfrüht bekämpfte; man dürfe die Büchse nicht vorzeitig ins Korn werfen; denn trotz der Entscheidung des Kammergerichts sei die Lassallesche Organisation noch nicht aufgehoben; auch seien die Geldverhältnisse der Breslauer Arbeiter zu berücksichtigen. Krause erklärte sich ebenfalls gegen den Bräuer'schen Antrag. Er, der als einer der ersten Verfechter der Liebknecht'schen Richtung in Breslau zu gelten hat, befürwortete vielmehr die Schaffung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins. Indessen wurde schließlich doch der Bräuer'sche Antrag angenommen. Zur Ausarbeitung einer Satzung wurde darauf eine Kommission eingesetzt; in diese berief man Scheil, Uhr, Bräuer, Michler, Hugo Friedländer*), Zapke und Siegusch.

Indessen kam dieses Komitee damals zu keiner praktischen Betätigung, vielmehr schlug es einer am 1. August tagenden Versammlung vor, weitere Schritte zur Bildung eines besonderen Arbeiter-Wahlvereins so lange zu vertagen, bis der Urteilspruch des Breslauer Stadtgerichts wegen der Schließung der hiesigen Filiale des Allgemeinen Arbeitervereins ergangen sei. Wenn auch dem Vorschlage zugestimmt wurde, so trug doch gerade diese Versammlung schon die ersten deutlichen Vorzeichen kommender innerer Auseinandersetzungen der Breslauer Sozialdemokratie in

*) Genosse Hugo Friedländer lebte später in Berlin als Journalist. Er starb am 4. Januar 1918

sich. Es handelte sich um eine Aussprache über das Programm Johann Jacobys. Zunächst erläuterte Ahr dieses Programm dahin, daß Jacoby die Lösung der sozialen Frage in der gerechten Verteilung des Arbeitsvertrages zwischen Kapital und Arbeit suche. Wenn Jacoby für diese Verteilung die Staatshilfe in Anspruch nehmen wolle, so müsse dieser Satz in engstem Zusammenhange mit seinem Programm aufgefaßt werden, das heißt im Hinblick auf den rein demokratischen Staat, wie ihn eben Jacoby erstrebe. Die Worte „Selbsthilfe“ und „Staatshilfe“ haben insofern große Verwirrung angerichtet, als viele Arbeiter bei Staatshilfe an den Gegenwartsstaat und nicht an die Selbstverwaltung denken. Ahr glaubt, der Anschluß an die demokratische Volkspartei, wie Jacoby ihn plane, sei für den politisch reifen Arbeiter unbedenklich, aber noch nicht alle Arbeiter seien politisch hinreichend gebildet, und für diese sei es notwendig, daß sie erst durch die Agitation für die ihnen näherliegenden sozialen Bestrebungen zum Bewußtsein ihrer Klasse gebracht werden. Auch Scheil ist der Meinung, daß zwar Jacoby ein wahrer Demokrat sei; die Arbeiter hätten aber zunächst alle ihre Kraft auf die soziale Frage zu konzentrieren, zwar hätten sie nicht nur eine Teilung des Produktionsertrages unter die Unternehmer und die Arbeiter zu erstreben, sondern ihnen gebühre der volle Arbeitsertrag. Der Steindrucker Krause glaubt nicht, daß Jacoby mit der Teilung des Produktionsertrages dasselbe wolle wie Lassalle; ihm erscheint die Volkspartei Jacobys als eine Bourgeoispartei, mit der man nur in politischen Fragen zusammengehen kann. Ähnlich erklärten sich Siegusch und Bräuer, während der Handlungsgehilfe Hugo Friedländer für Jacoby eintrat und sogar den Antrag stellte, die Versammlung möge dem Programme Jacobys ihre Zustimmung geben.

Dieser Antrag wurde abgelehnt und für Breslau war damit die Jacobynische Richtung endgültig erledigt. Dafür setzten bald die großen Gärungsprozesse, denen um diese Zeit die ganze deutsche Arbeiterbewegung unterworfen war, auch hier in Breslau ein, wenn sie auch nicht so offen zutage traten wie vor allem in Sachsen.

Der 31. August hatte die Anhänger sozialistischer Ideen noch in völliger Eintracht zu einer erhebenden Lassalle-Gedächtnisfeier vereinigt. Mit Jubel wurde hierbei ein Begrüßungstelegramm des Allgemeinen Arbeitervereins in Hamburg aufgenommen, wo wenige Tage vorher die Generalversammlung der Anhänger Schweizers stattgefunden hatte, auf der auch Breslau vertreten gewesen war.

Am 7. September erging das später umgestoßene freisprechende Urteil gegen die Breslauer Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, durch das die vorläufige polizeiliche Schließung aufgehoben wurde. Trotzdem tat sich die hiesige Filiale des Ver-

eins nicht wieder auf. Da nämlich am 16. September in Leipzig durch die dortige Polizei der Verein geschlossen worden war, ordnete Schweizer die sofortige Auflösung des Gesamtvereins an, um sich so die Möglichkeit der Wiedereröffnung unter anderer Form zu sichern.

Um diese Zeit setzte eine andere Seite der modernen Arbeiterbewegung in Deutschland ein: die *gewerkschaftliche*. In der Hamburger Generalversammlung hatte sich bekanntlich die Mehrheit zwar für die Anwendung des Streiks als Kampfmittel, aber merkwürdigerweise gegen die Organisierung dieses Kampfmittels durch die Gewerkschaft erklärt. Diese Inkonsequenz bewog Schweizer und Frickische, in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete, für den 27. September einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß nach Berlin einzuberufen, der sich mit der Gründung von gewerkschaftlichen Vereinigungen befassen sollte.

Die Breslauer Arbeiter, die gerade in diesen Tagen — vom 7. September ab — einen allerdings geringfügigen Streik in der Pringsheim'schen Eisengießerei erlebt hatten, nahmen zu dem Berliner Kongreß in einer am 21. September im „Springerschen Saale“ auf der Gartenstraße, dem heutigen „Konzertsaal“, tagenden Versammlung Stellung. Geladen waren „sämtliche Arbeiter der Maschinen-, Wagenbau- und Eisenbahnwerkstätten nebst den anderen Gewerten Breslaus“. Etwa 700 Personen waren erschienen. Der bisherige Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Scheil, der die Versammlung leitete, gab zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, das die Breslauer Presse den Arbeitern so wenig Kenntnis von dem gebe, was in der Arbeiterschaft vorgehe, so daß nur den wenigsten etwas von der gewerkschaftlichen Idee, welche Gegenstand der Kongreßberatungen sein werde, bekannt sein dürfte. Darauf trat Uhr für die Beschickung des Kongresses ein, dessen Zweck sei, Arbeitseinstellungen zu organisieren, derart, daß für jeden Beruf ein Verein durch ganz Deutschland gebildet werden solle. Die Arbeiter müßten sich ihrer gemeinsamen Interessen bewußt werden. Wenn die Koalitionsfreiheit durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes zur Tatsache werden sollte, dann müßten die Arbeiter bereits organisiert dastehen. Auch Siegusch legte sich lebhaft für die Vertretung auf dem Kongresse ins Zeug, indem er dabei zugleich lebhaft gegen die „Breslauer Morgenzeitung“ polemisierte, die in Arbeiterkreisen überaus zahlreich gelesen werde, sie aber über die sie besonders interessierenden Angelegenheiten so gut wie gar nicht aufkläre. Dann versuchten verschiedene Redner gegen die Delegation Stimmung zu machen, unter ihnen Schilling, der ausführte, es handle sich auch auf dem Berliner Kongreß nur um Lassallesche Parteitagitation. Er erntete aber für seine Ausfälle nur unwilliges Zischen und laute Pfuirufe. Und als er dann aufforderte, daß alle, die so dächten, wie er, den Saal verlassen

möchten, gingen mit ihm nur zwei Mann. Die übrigen aber entschieden sich einstimmig für die Beteiligung an dem Kongreß und erwählten zu ihren Delegierten Ahr, Schumacher und Siegusch. Von diesen erntete dann in Berlin besonders der letztere lebhaften Beifall, als er ausführte: Ich war früher ein echter Schulzemann (Anhänger von Schulze-Dehligsch), bin aber, nachdem das Jahr 1866 meine Ersparnisse verzehrt, aus einem Schulzemann zum Laffalleaner geworden.

Gleich nach dem Berliner Kongresse ging man in Breslau mit Eifer daran, die Gewerkschaftsbewegung in Fluß zu bringen. Zu diesem Zwecke war ein besonderes Komitee eingesetzt worden; ihm gehörten Ahr, Geisler, Kräcker, Krause, Scheil, Weinert und Zapfe und außerdem eine Reihe von Vertrauensleuten aus den verschiedenen Fabriken und Berufen an. Ihre Bemühungen waren bald von Erfolg gekrönt, und namentlich das folgende Jahr 1869 sah in einer größeren Reihe von Berufen die Arbeiter sich zu gewerkschaftlichen Verbänden zusammenschließen, die zum Teil — zum Beispiel die Zimmerer und die Zigarrnarbeiter — auch bald Kämpfe mit den Unternehmern auszufechten hatten.

Diese Fortschritte gewerkschaftlicher Arbeit wurden erzielt, trotzdem die nunmehr auch in Breslau mit größerer Schärfe auftretenden Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie einen guten Teil der besten Kräfte in Anspruch nahmen. Nicht nur der äußere Grund, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sich aufgelöst hatte, sondern bewußte Gegnerschaft zu Schweizer war es, die den vor mehreren Monaten vertagten Gedanken der Gründung eines neuen besonderen Arbeitervereins wieder aufleben ließ. Am 10. Oktober fand eine von Scheil geleitete Versammlung statt, in der Siegusch über die Vereinsfrage referierte. Inmitten seiner Ausführungen verfiel die Versammlung der polizeilichen Auflösung.

Am demselben Tage aber hatte Schweizer wieder den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, und zwar mit dem Sitze in Berlin, ins Leben gerufen. Bekanntlich war es gerade dieser Umstand der Uebersiedlung nach Berlin, der Anlaß zu den schärfsten Angriffen gegen Schweizer gab und viele seiner bisherigen Anhänger von ihm trennte. In Breslau gewann zwar zunächst die auch hier wieder in Wirksamkeit tretende Niederlassung des Vereins eine ganz erhebliche Anhängerzahl, so daß im November 1868 über 300 Mitglieder gezählt wurden. Aber es kam bald zu heftigen Zusammenstößen — so in der Versammlung der Vereinsmitglieder vom 30. November, die wegen Tumultes der Auflösung verfiel —, und das Jahr 1869 sieht nun eine Reihe von Spaltungen innerhalb der bisher geschlossenen Breslauer Sozialdemokratie sich vollziehen.

Die erste Hälfte des neuen Jahres läßt die Spaltungen noch nicht deutlich an den Tag treten, wenn auch die Gegensätze zwischen Schweizer und Fritz Mende dazu führen, daß in Breslau ebenfalls im Gegensatz zu dem alten Schweizerischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine eine Filiale des von Mende bezw. der Gräfin Hatzfeldt geleiteten „Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ entstand. Im übrigen aber mußten die Kräfte zunächst zusammengefaßt werden, um den Vorstoß, den die Anhänger des Dr. Hirsch auf die schlesische Hauptstadt unternahmen, nach Kräften abzuwehren. Nachdem die „Breslauer Morgen-



Julius Scheil.

zeitung“ bereits am 9. März angekündigt hatte, daß in Kürze Hirsch-Dundersche Agitatoren nach Breslau kommen würden, fand am 13. April eine von dem Optiker H e i d r i c h einberufene Versammlung in Saale der „Humanität“ statt, zum Zwecke der Gründung von Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen. Durch die Art der Einladung bewogen, hatten sich auch sehr viele Lassalleaner eingefunden, so daß sie in der Uebersahl waren. Schon bei der Würowahl kam es zu Zusammenstößen. Die Lassalleaner schlagen S c h e i l, die Hirsch-Dunderschen den Miteinberufer T h o m a s vor. Die überwiegende Mehrheit ist für Scheil; als daher Thomas die Gegenprobe fordert, entsteht ein ungeheurer Lärm, worauf H e i d r i c h die Versammlung schließt, und zum Ueberfluß, als die Versammelten nicht sofort auseinandergehen, sondern von Scheil

verlangen, er solle reden, löst der Ueberwachende die geschlossene Versammlung noch auf. Die Hirsch-Dunderschen hielten daraufhin ihre Agitationsversammlungen mehr im Geheimen ab, trotzdem waren ihnen die Cassalleaner hart auf den Fersen, und tatsächlich kamen die Gewerksvereine, trotz der Unterstützung, die sie beim Fortschrittsverein und namentlich bei der „Breslauer Morgenzeitung“ fanden, nur sehr langsam von der Stelle. Um ihre Agitation zu beleben, hatten sie für den 12. Juli eine große Versammlung mit Dr. Max Hirsch als Referenten einberufen. Als aber die Gegner Zusicherung der Redefreiheit verlangten, um die persönlichen Angriffe des Dr. Hirsch auf ihre Führer widerlegen zu können, entstand wieder solcher Lärm, daß auch diese Versammlung der Auflösung verfiel.

Neben den Scharmügeln mit den Hirsch-Dunderschen weiß das erste Halbjahr 1869 auch von fruchtbarer Tätigkeit der Breslauer Pioniere des Sozialismus zu erzählen. Man ging mit vielem Eifer an die Ausführung der Beschlüsse des Berliner Kongresses, und so entstanden in jenen Monaten eine ganze Reihe von Filialen der allgemeinen deutschen Gewerkschaften: wir erwähnen nur den Allgemeinen Deutschen Zimmererverein, den Allgemeinen Deutschen Maurerverein, die Allgemeine Deutsche Metallarbeitergewerkschaft, den Allgemeinen Deutschen Tischlergesellenverein und den Allgemeinen Deutschen Schneiderverein. Eine gemeinschaftliche Gewerkschaft für Buchbinder, Steindrucker, Sattler, Tapezierer, Handschuhmacher, Lederarbeiter usw. wurde von Kräcker ins Leben gerufen.

Auch Kämpfe mit den Unternehmern gab es wieder. So traten am 28. Juli in der Druckerei der „Breslauer Morgenzeitung“ 17 Verbandsseker wegen Lohnabzügen in den Ausstand. Die Offizin wurde darauf von den organisierten Gehilfen für Verbandsseker gesperrt. Besonderes Interesse weiterer Kreise erregte die Lohnbewegung und der Streik im Zimmerergewerbe. Am 20. August reichten der Ausschuß und die hiesige Filiale des Allgemeinen Deutschen Zimmerervereins den Meistern Forderungen ein; diese gingen darauf hinaus, daß in Zukunft der tägliche Lohn während der 6 Sommermonate 1 Taler, im März und Oktober 27½ Silbergroschen und während der 4 Wintermonate 22½ Silbergroschen betragen sollte, während die Arbeitszeit einschließlich 2 Stunden Pausen im Sommer von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends, im Oktober von 7 bis 6 und im Winter von 8 bis 4 Uhr zu dauern hätte. Die Meister antworteten ablehnend, und darauf traten die organisierten Zimmerer, über ein Drittel der in Breslau überhaupt beschäftigten 900, am 9. August in den Streik, so daß die Arbeit auf den Bauten nur teilweise ruhte. Die organisierten Maurer, die auch an eine Lohnbewegung dachten, beschloßen zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen. Am 16. August verbreitete sich das Gerücht, die Streikenden wollten

auf der Viehweide eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Als wenn die Revolution vor den Toren Breslaus stünde, wurden starke Abteilungen von Schutzmannschaften hinausbeordert; auf wen diese aber vergeblich warteten, das waren die Zimmerer. Diese hatten sowieso eingesehen, daß sie diesmal nichts erzielen könnten, und so fingen sie am 18. August — so weit sie nicht gemäßigelt wurden, und das passierte sehr vielen — wieder an zu arbeiten, ohne etwas erzielt zu haben.

Auf Grund der Entwicklung im Bergbau zur Großindustrie ist diese Zeitepoche bereits geschildert worden. Bei den Arbeiterunruhen in Oberschlesien im Jahre 1859 hatte das Militär die „Ruhe wiederhergestellt“. Daß es nur die Ruhe vor größeren Stürmen sein konnte, hätten die Behörden bei einer objektiven Prüfung der Arbeiterverhältnisse erfahren müssen. Aber die Behörden begnügten sich mit der „Wiederherstellung der Ruhe“ durch die Gewalt der militärischen Waffen und ließen sonst die Dinge gehen, wie es den Werksmagnaten gefiel. Deshalb kam es am 1. Dezember 1869 zu dem ersten großen Streik schlesischer Bergarbeiter und zwar im Waldenburger Revier. Die Waldenburger Bergleute legten in einer Stärke von rund 6500 Mann die Arbeit nieder, mußten aber nach tapfern, entbehrungsreichem Kampfe besiegt zur Grube zurückkehren, weil es ihnen an einer starken, geschulten Organisation fehlte und die Polizisten und Gendarmen im Auftrage des Landrats v. Jedlich-Neukirch alles taten, um die Streikenden dem Willen der Unternehmer gefügig zu machen. Selbst die Vertreter des Bergwerksministers erklärten die Forderung der Werks Herren, die Arbeiter müßten ihrer Organisation (dem erst wenige Monate vorher gegründeten Hirsch-Dunderschen Gewerksverein) entsagen, für berechtigt! So „schückte“ die Behörde das kurz vorher gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht der Arbeiter und half mit, die Macht der Unternehmer zu stärken. Am 24. Januar 1870 erklärte die Gewerksvereinsleitung den Streik als erfolglos beendet. Die Waldenburger, damals in ihrer gewaltigen Mehrheit so „staatserhaltend“ und streng monarchisch gesinnt, daß sie aus Breslau kommende sozialistische Redner in keiner Versammlung sprechen ließen, wurden durch die kapitalistischen und die Machtmittel des Staates niedergeworfen, faktisch ihres Koalitionsrechtes beraubt und stärker unter das Unternehmerjoch gezwungen. Es ist kein Zufall, sondern ein natürlicher Zusammenhang, daß gerade in dem preußischen Bergwerksbezirk, wo der erste größere moderne Arbeiterausstand eintrat und in der geschilderten Weise niedergeworfen wurde, auch der erste sozialistische Bergarbeitervertreter in den Reichstag gesandt worden ist. Heinrich Möller war es, der 1893 den Reichstagswahlkreis Waldenburg eroberte. Seitdem sind die Waldenburger der sozialistischen Fahne treu geblieben, und der Nachfolger Möllers, Hermann

Sachse, sorgte dafür, daß die Klagen der schlesischen Bergarbeiter nicht mehr unterdrückt, sondern von der Reichstagstribüne aus gehört wurden.

Nicht lange nach dem Waldenburger Streik kam es auch in Oberschlesien zu einem Ausbruch der Arbeitererbitterung. Im Juni 1871 stellten zirka 3000, meist fiskalische Bergleute in Königshütte die Arbeit ein, wie aus ihrer Eingabe an das Ministerium hervorgeht, wegen starken Gedinggedrucks, schlechtem Lohn, unwürdiger Behandlung: „Wir werden als Maschinen behandelt und ausgenutzt!“ Ein leidenschaftlicheres Temperament als den Waldenburgern eigen, kam in Königshütte zur Explosion, ein entwürdigend, darum verrohend behandeltes Proletariat brach los. Schroffe Zurückweisung der Forderungen, rigoroses Einschreiten einiger uniformierter Ordnungshüter brachten die gewiß nicht an urbane Umgangsformen gewöhnten Arbeiter derart in Wut, daß sie sich zu bedauerlichen Ausschreitungen gegen Personen und Sachen hinreißen ließen, worauf prompt Militär erschien und in die Menge schoß. Die „Morgenzeitung“ schrieb entzückt, mit „staunenswerter Gewandtheit und Bravour“ (!) hätten die Ulanen die Straße „gejäubert“, es gab dabei sieben Tote und zwanzig Verwundete! Wieder also überwältigte die militärische Macht die streikenden Arbeiter, ihr Zustand brach schnell zusammen. Er hatte einen großen Landfriedensbruchprozeß gegen 116 Angeklagte zur Folge, von denen 95 (darunter eine Frau) zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt wurden.

Weil die Streikenden unter anderem auch die Zurücksetzung der Katholiken bei der Beamtenanstellung beklagten und damals der „Kulturkampf“ aufloderte, beschuldigte die Werkspresse und die fiskalische Werksverwaltung die Zentrumsparthei, die „Königshütter Krawalle“ zwecks ultramontaner Propaganda „angezettelt“ zu haben! Wogegen sich die „Schlesische Volkszeitung“ energisch wehrte. Das Zentrumsblatt äußerte sich damals über die wahren Ursachen der modernen Arbeitskämpfe derart, daß es sich lohnt, die einstige Stellung des Zentrums an diesem Beispiel zu beleuchten. Die „Schlesische Volkszeitung“ schrieb zu den Schwurgerichtsverhandlungen gegen die Königshütter „Auführer“ am 8. November 1871 unter anderem folgendes:

„So sehen wir bald die Gesellschaft auseinandergehen in eine Minderheit, die herrscht, und in eine große Menge, die sich beherrschen lassen muß. Tatsächlich sind die letzteren zu Zeiten nicht mehr als zur menschlichen Gesellschaft gehörig, sondern wie eine Sache behandelt worden. Auf diese Weise erhielten Sparta keine Heloten, Rom keine Sklaven, die Germanen und Slawen ihre Leibeigenen.

Was aber der moralischen Not des Arbeiterstandes die Spitze aufsetzt, das ist der Hohn und Spott, mit welchem derselbe von allen Seiten überschüttet wird. Der Notsehrei der arbeitenden Klassen ging durch alle Lande, und mit ungläubigem Lächeln antwortete man nur: „Richtet euch danach ein, dann könnt ihr auch leben!“ Tausende von Arbeitern raffte in einzelnen Ländern der Hungertypus weg, unterdes hielten

die Männer des Kapitals festliche Gelage und ließen bei Zweckessen die Champagnerpfropfen knallen. (!!!) Die Arbeiter nahmen den Schutz der Gesetze für sich in Anspruch, das Kapital drohte mit der Abschaffung dieser Gesetze. Entbehrung, Not trieb viele Arbeiter zu verzweiflungsvollen Taten — da erhoben sich zum Schutze des Kapitals die Bajonette!“

Ist es nicht wunderbar, wie scharf das Zentrumsblatt die Klassenbildung und ihre wahre Ursache erkannte, als sich die Zentrumspartei in der Opposition gegen die Regierung befand!? Die „Schlesische Volkszeitung“ machte für das von ihr gekennzeichnete den „Liberalismus“ verantwortlich, aber die maßgebenden schlesischen Bergwerksbesitzer standen (und stehen) den Konservativen und dem Zentrum immer viel näher, als dem Liberalismus, und doch ist in ihren Domänen die Proletarisierung der Arbeiter am ärgsten geworden.

Diese rückshauende Betrachtung ist geboten, um handgreiflich darzutun, daß die Bewegung von 1869 bis 1871 nicht „von außen her“ in die Bergreviere getragen wurde, auch den Unternehmern nicht „überraschend“ gekommen sein kann.

Beginn innerer Differenzen.

Die politische Seite der Bewegung war während dieser Zeit selbstverständlich nicht völlig zur Ruhe gekommen; es bereiteten sich, wie schon angedeutet, Auseinandersetzungen vor, die in der zweiten Hälfte des Jahres zum Austrag kamen. Die Reibereien zwischen den Schweizerschen und den Mendelschen Cassalleanern wurden zwar dadurch beendet, daß sich am 18. Juni 1869 die beiden Führer einigten und am 24. jenes Monats der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dann eine neue Verfassung erhielt. Einige Wochen vorher hatte auch das Breslauer Appellationsgericht das freisprechende Urteil des Stadtgerichts gegen 18 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wegen Vergehens gegen § 8 des Vereinsgesetzes und die Aufhebung der Vereinsauflösung bestätigt. Der Verein entfaltete wieder ein regeres Leben und veranstaltete fast allwöchentlich Versammlungen in dem Lokale von Kahle auf der Großen Scheitnigerstraße Nr. 7.

Die in Breslau an Zahl ständig wachsende Gegnerschaft Schweizers wurde dadurch keineswegs zum Schweigen gebracht, sie wendete sich mit immer größerer Entschiedenheit der Liebknechtschen Richtung zu. Diese hatte für den 7. August einen Kongreß nach Eisenach berufen. Um zur Tagesordnung und Bescheidung dieses Kongresses Stellung zu nehmen, fand am 1. August ein von den Anhängern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einberufener Schlesischer Arbeitertag statt, zu dem aus den verschiedenen schlesischen Orten die Mitglieder erschienen waren. Als Hauptredner im Sinne Schweizers trat hier der Breslauer Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Scheil,